

## **GENERALREDEN**

### **ÖVP**

#### **GRin. Mag.a Verena ENNEMOSER**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste auf der Galerie!

Wie schon unser Finanzstadtrat Gerhard Rüschi erwähnt hat, ist das Budget als Institution ein in Zahlen gegossenes Programm. Daher ist es wichtig, wenn es auch noch so nach trockener Materie klingt, von äußerster Wichtigkeit und die Basis unserer Stadt.

Das Budget für die Landeshauptstadt Graz, welches Sie jetzt in den Händen halten, wird wieder ein „Sparefroh“-Budget. Es ist ein Irrglaube, meine Damen und Herren, wenn Sie annehmen, dass die neue schwarz/grüne Regierung in diesem Budget alle ihre Zukunftsvisionen umsetzen hat können. Alle Visionen, die wir haben, können wir aus Rücksicht auf die Zukunft unserer Jugend, auf deren Rücken die Schulden von heute lasten, nicht umsetzen. Wir haben aber Erwartungshaltungen der GrazerInnen zu erfüllen und die Pflichten als Stadt Graz zu erfüllen:

Die Erwartungshaltungen der Grazer sind, dass sie mit dem öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit, zur Schule, zu Freunden gebracht werden und das möglichst komfortabel und umweltfreundlich, dass es Schulen für unsere Kinder gibt, die im Winter auch ausreichend geheizt werden, dass es eine ausreichende Anzahl an Kinderbetreuungseinrichtungen mit Top-Personal gibt, dass unsere Kinder die Universität und Spezialausbildungen vor Ort machen können, dass die Straßen beleuchtet sind und dass sie immer wieder saniert werden, dass der Müll regelmäßig entsorgt wird, dass es ein funktionierendes Kanalsystem gibt, dass die Wohnungen leistungsfähig und im Winter warm sind, dass sauberes Wasser zum Trinken, Kochen und Waschen vorhanden ist, dass man ein breites Kulturangebot genießen kann, dass es genügend Freizeiteinrichtungen gibt, sei es um Sport auszuüben oder einfach

zum Relaxen, dass genügend und vor allem gepflegter Grünraum vorhanden ist. Dass, wenn die Grazer Bürgerinnen und Bürger in Not geraten, sie die Stadt beziehungsweise der Staat auffängt und zu guter Letzt wohl einer der wichtigsten Punkte, dass unsere Stadt sicher ist.

Um die Erwartungshaltungen der Menschen und die Pflichtaufgaben der Stadt in die Tat umzusetzen, brauchen wir Menschen, die das tun und diese Stadt und diese Menschen nennt man im Budgetansatz Personal (*Applaus ÖVP*).

Im Magistrat Graz und in den ausgelagerten Gesellschaften beschäftigen wir rund 7.500 MitarbeiterInnen. Der Kostenaufwand für das Personal ist der größte Kostenfaktor im Grazer Budget mit rund 130 Millionen Euro. Der zweithöchste Kostenfaktor sind die Aufwendungen für die Sozialhilfe und für die Jugendwohlfahrt mit 125 Millionen Euro. Und in der Kostenpyramide auf Platz drei sind die Pensionsansprüche der ehemaligen Magistratsbediensteten mit rund 109 Millionen Euro.

Um es jetzt auf den Punkt zu bringen – hier kann kein einziger Euro eingespart werden, weil es sich hier um Pflichtausgaben handelt. Im Grazer Budget haben wir einen Löwenanteil an Pflichtausgaben. Es wäre uns, unserer schwarz/grünen Mannschaft/Frauschafft lieber gewesen, wenn es schon beim ersten Budget unsere Handschrift getragen hätte, wie zum Beispiel durch weiteren Ausbau von Straßenbahnlinien, wenn wir unsere Handschrift ganz klar hinterlassen hätten können. Die Erwartungshaltung der Menschen ist aber auch, dass wir trotz Sparefrohbudget nicht den Stillstand einleiten und nicht nur Gelder notdürftigst verwalten, sondern uns über die Zukunft auch Gedanken machen (*Applaus ÖVP*).

Wir müssen uns Gedanken machen, wo soll Graz in 20 Jahren sein, was muss Graz während der nächsten 20 Jahre tun, um noch mehr Arbeit und Wohnungen anbieten zu können. Wie viel Menschen werden, in Graz noch einen lebenswerten Platz finden? Was kann die Politik tun, damit sich die Menschen in Graz wohlfühlen? Welche Infrastruktur braucht Graz, damit wir in 20 Jahren noch von einer Stadt mit der besten Lebensqualität sprechen können? Was müssen wir heute tun, um auch in Zukunft Investoren nach Graz zu holen und um Arbeit für GrazerInnen zu schaffen? Wie müssen wir heute mit unseren Ressourcen – und hier ist nicht nur die Umwelt gemeint, sondern auch die Finanzen - umgehen, damit unsere Kinder nicht unsere Investitionen bezahlen müssen?

Ich möchte Ihnen die Budget-Situation der Stadt Graz anhand eines Praxisbeispiels näher bringen:

Ich habe ein Unternehmen mit rund 69 Beschäftigten. Ich habe nach großen Investitionen und Modernisierungen noch Schulden zu tilgen, noch dazu könnte die Auftragslage besser sein. Wenn ich mir die Kosten meines Unternehmens anschau, dann sind rund 85 % der Kosten Personal, weitere 10 % für Miete, Fuhrpark, Instandhaltung, 3 % gebe ich fürs Marketing aus und 2 % für neue Anschaffungen. Jeden Tag stelle ich mir dann die Frage, wie finanziere ich meine Fixkosten und wie zahle ich meine Schulden zurück. Ich habe da drei Möglichkeiten.

Die erste Möglichkeit, ich baue Personal ab. Mit der Konsequenz, dass ich meine Aufträge nicht erledigen kann und mir die Kunden abspringen, weil ich zu spät liefere. Die zweite Möglichkeit, ich schaue, welche Geldeinnahmequellen sich noch auftun, ich suche mir noch ein zusätzliches Betätigungsfeld und die dritte Möglichkeit, ich sperre meinen Laden zu.

Wenn ich die Situation meines fiktiven Betriebes auf die Stadt Graz umlege, dann haben wir alle gemeinsam nur eine Chance – nämlich die Ärmel aufkrepeln und schauen, wie wir neue Strategien und Wege erarbeiten können, um mehr Geld in die Stadtkassa hereinzubringen und damit meine ich nicht Steuererhöhungen und Abgabenerhöhungen, sondern andere Strategie, damit in unserer Stadt nicht der Stillstand eingeleitet wird (*Applaus ÖVP*).

Die erste Strategie – die Stadt ausbauen, bewerben und mit Leben füllen – kein antizyklisches Verhalten an den Tag legen.

Wenn wir Graz als Unternehmen sehen, dann dürfen wir uns nicht antizyklisch verhalten, das heißt, wir dürfen nicht aufhören unsere Stadt zu bewerben, ihre Menschen und ihre Betriebe zu bewerben, wir brauchen ein starkes Standortmarketing, wir brauchen ein starkes Stadtmarketing. Die Ansiedlung von Betrieben von Unternehmen heißt Steuereinnahmen. Die Ansiedlung von Unternehmen heißt Schaffung von Arbeitsplätzen – das bringt ein weiteres Steueraufkommen. Die Ansiedlung von Unternehmen heißt auch Kaufkraft steigern – das bedeutet wiederum Einnahmen für Graz. Eine lebendige Stadt bedeutet viele

Touristen, die wir anziehen, auch das ist wieder mit Einnahmen verbunden (*Applaus ÖVP*).

Wir brauchen zum Beispiel einen Titel für die Stadt, wir brauchen City of Design. Wir brauchen Creative Hubs in Graz. Die kreative Klasse ist entscheidend für die Zukunft der Städte und treibt auch innovative Urbanität voran.

Erfolgreiche Städte des 21. Jahrhunderts sind deshalb nicht nur mehr Städte mit den ruhigsten Grünvierteln, sondern pulsierende Magneten für die Kreativen – sie ändern ihre Funktionen zu kreativen Hubs.

Die Kreativen unserer Stadt sind: Autorinnen/Autoren, Schauspielerinnen/Schauspieler, ich lasse jetzt in weiterer Folge, sonst wird es zu lange, die weibliche Form weg, Redakteure, Chefredakteure, Regisseure, Maler, Architekten, Fotografen, Moderatoren, Kabarettisten, Comiczeichner, Musiker, DJs, Starköche, Schauspieler, Medienleute, aber auch kreative erfolgreiche Werber, Designer, PR-Leute, Berater, Rechtsanwälte, die nicht nur Paragraphen reiten, Wissenschaftler, Professoren mit Medienwirkung, Analysten mit Weitblick und Manager mit Ambitionen zählen zur Elite der kreativen Klasse. Nicht zu vergessen die Sportler, die inzwischen ja immer weniger Körperhandwerker sind und immer mehr Medienprofis sind. Rund um diesen Kern entfaltet sich das weite Feld der unzähligen Texter, Web-Designer, IT-Spezialisten, Berater, Coaches, Therapeuten, Grafiker, Mode-Kreateure, Kommunikationsspezialisten, das Panorama an Wellness-Gesundheits-, Verkaufs- und Motivationstrainern, der Fernseh-, Film- und Werbefachleute, der Models, Modeberater, kreativen Gastronomen, Caterer, Kunstschreiner, ja selbst der ambitionierten Friseure. Sie alle verdienen ihr tägliches Brot mit der Kultivierung und Anwendung von Kreativität, mit anderen Worten mit der Erzeugung des Unterschieds (*Applaus ÖVP*).

Was fordern jetzt die Kreativen von uns ein? Sie fordern eine echte Vielfalt. Kreativität entwickelt sich nur in Vielfalts-Kulturen, Kreativ-Städte zeichnen sich durch einen kosmopolitischen Geist aus – sie beherbergen möglichst viele multiple Ethnien, Denkweisen, Milieus und Subkulturen, die teilweise auch nicht-integrativ, also polykulturell, nebeneinander leben können.

Sie fordern außergewöhnliche Bildungsinstitutionen. Dafür sind neben guten Universitäten auch ungewöhnliche Bildungszugänge nötig – spezialisierte

Akademien, virtuelle Universitäten, Studiengänge, die bisher in einer breiten Öffentlichkeit noch gar nicht bekannt waren. Die Kreativen fordern von uns aber auch Patchwork-Familien-Cluster ein. Kreative sind nicht narzistische Singles ohne Kinder. Andere Gäste zeigen uns vor, dass es in Szene-Vierteln der großen Städte, wo die kreative Klasse die Mehrheit stellt, die Geburtenrate am höchsten ist. Dort gibt es eine Vielfalt von Kinderbetreuungsmöglichkeiten und flexible Arbeitsformen, die unkonventionellen Familienformen nicht nur Raum gibt, sondern sie blühen und gedeihen lässt (*Applaus ÖVP*).

Und sie fordern von uns neue Architektur, die Wohnen, Arbeiten und Leben verbindet, ein. Entscheidend für die Standortfrage der Kreativen ist auch, wie die Städte mit ihren alten innerstädtischen industriellen Bau-Substanzen umgehen.

Das bringt mich eben zu einem nächsten wichtigen Punkt für die Stadt. Es wächst ein neuer Stadtteil in Graz – die Reininghausgründe werden sich zu einem pulsierenden Stadtteil verwandeln. Es wird dort ein neues Konzept entwickelt – eine neue Identität wird geschaffen. Es wird ein Stadtteil werden, wo es möglich ist zu arbeiten, zu wohnen und zu leben. Und dieser neue Stadtteil, die Reininghausgründe, werden mit der Altstadt, mit dem ECE verbunden. Es wird ein Stadtteil aufgewertet, der unter der Sozialdemokratie sträflich vernachlässigt wurde. Sondern ein wichtiges Projekt wurde fast auf Grund von Stimmenheischerei gefährdet. Mit dem ECE wird die Annenstraße wieder ein Comeback feiern und die GrazerInnen aus den Bezirken Eggenberg, Lend und Gries werden vor Ort Arbeit finden und auch ihr Eigentum wird mit einem Schlag aufgewertet werden.

Die zweite Strategie, die Stadt wie ein Unternehmen führen. Mehr Erträge für die Stadt zu bekommen, bedeutet eine Zusammenarbeit aller Fraktionen. Es bedeutet eine neue Kultur des Miteinanders zu lernen und zu leben. Wir müssen gemeinsam die Verantwortung übernehmen und nicht für ein bisschen politisches Kleingeld auch den gemeinsamen Weg verlassen (*Applaus ÖVP*).

In der heutigen Budget-Debatte geht es nicht darum, wer den besseren Finanzreferenten gestellt hat, darauf können wir uns wirklich im Vorfeld, glaube ich, einigen, jeder hat den besten aus seinen Reihen gestellt, es ist wirklich sehr enttäuschend, wenn ein Ex-Finanzstadtrat Riedler bitte gleich zur Presse rennt, wo er doch die finanzielle Situation der Stadt wie seine Westentasche kennt und dann dort

auch noch verkündet, was er besser machen hätte können und was er besser weiß (*Applaus ÖVP*). Ich meine, diese Chance hatte er in den letzten fünf Jahren. Was der Wähler von der Arbeit der SPÖ hält, hat eh das Wahlergebnis gezeigt. Mit dem Umgang von Steuergeldern, mit dem Einsetzen von Steuergeldern und mit der Investition von Steuergeldern können wir die Glaubwürdigkeit der GrazerInnen wieder zurückgewinnen. Wir müssen beweisen, dass wir auch in schwierigen Situationen Lösungen erarbeiten können und uns das Wohlergehen jedes einzelnen Grazers wichtig ist.

Es geht um neue Strategien, es geht um harte politische Arbeit, die vor uns liegt. Wir brauchen nicht um den heißen Brei herumreden, es geht um die Einleitung von strukturellen Veränderungen, es geht um die Erarbeitung von neuen Verordnung, es geht um Ehrlichkeit und ich bin fest davon überzeugt, dass den GrazerInnen die Wahrheit zumutbar ist. Wir müssen den GrazerInnen sagen, dass nicht für alles die Stadt oder der Staat aufkommen kann, weil es einfach nicht mehr finanzierbar ist (*Applaus ÖVP*).

Was heißt das nun konkret: Keine linearen Einsparungen, sondern knallharte Strukturreformen, auch wenn diese weh tun, aber wenn wir ganz ehrlich sind, haben wir noch Strukturen, die leider im vorigen Jahrhundert schon ausgedient haben. Wir müssen im Finanzausgleich darauf pochen, dass Graz ein Ballungszentrum ist und nicht wie eine kleine Gemeinde zu behandeln ist. Wir müssen den Finanzausgleich anders angehen. Schauen wir einmal mit offenen Augen auf Graz, 60 % der SteirerInnen finden in Graz Arbeit und fahren mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Bekommen wir auch 60 % der steirischen Finanzausgleichsmitteln? Wir haben 500.000 Menschen täglich in Graz, die mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, die Park-&-Ride-Plätze brauchen, die Parkplätze brauchen, wer zahlt diese Infrastrukturmaßnahmen? Es werden tagtäglich Menschen aus Seiersberg, Stattegg, Gratkorn und aus dem Umlandgemeinden nach Graz mit der GVB gebracht wer zahlt diese Linien? Menschen aus dem Umlandgemeinden besuchen bei uns das Theater, die Oper, das Schauspielhaus und besuchen unsere Museen, wer zahlt das? Die Stadt Graz! Ich möchte aber da schon dazu anmerken, dass uns jeder Gast willkommen ist, dass uns jede Arbeitnehmer/Arbeitsnehmerin willkommen ist in unserer Stadt. Jedoch muss es auch im Finanzausgleich Niederschlag finden.

Es geht darum, dass die politischen Spielchen bei den Finanzen ein Ende finden müssen – es geht um die Bedarfszuweisungen für die steirische Landeshauptstadt. Es geht darum, dass die steirischen PolitikerInnen – egal von welcher politischen Partei – auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Mehrheit der steirischen Bevölkerung in Graz arbeitet und zu Hause ist (*Applaus ÖVP*).

Um in der Politik nicht nur verwalten, sondern auch gestalten zu können, deshalb sind wir alle zur Wahl angetreten, brauchen wir finanzielle Mittel für Investitionen. Es liegt an uns allen, dass wir ernsthaft die Strukturen in den einzelnen Ressorts anschauen und reformieren. Es liegt an uns allen, mit welcher Ernsthaftigkeit wir die Zukunft gestalten wollen, um neue Geldquellen zu erschließen.

Die dritte Strategie heißt, dass wir den Menschen die Eigenverantwortung zutrauen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Wahrheit den Menschen zuzumuten ist. Wir müssen den GrazerInnen sagen, dass nicht alles von der Stadt beziehungsweise vom Staat bezahlt werden kann. Am Beispiel der Jugendwohlfahrt – wir können nicht misshandelte oder vernachlässigte Kinder sich selbst überlassen. Hier müssen wir sogar als Stadt die Eltern ersetzen. Das Einsparungspotential liegt hier gleich bei null – weil wir unseren Kindern eine Zukunft geben wollen und sie nicht ihrem Schicksal überlassen möchten. Aber was kann jeder Einzelne von uns, was kann jeder einzelne Grazer und Grazerin tun, damit wir im sozialen Bereich keine explodierenden Kosten haben? Ich meine, wir müssen den GrazerInnen sagen, bitte nicht wegschauen, sondern hinschauen und helfen (*Applaus ÖVP*).

Meine geschätzten Damen und Herren! Wir haben heute die Aufgabe zu erfüllen, nämlich dem Wählerwillen Folge zu leisten und das haben Sie allen Grazerinnen und Grazern versprochen, nämlich unparteiisch für die Bevölkerung zu arbeiten. Heute möchte ich Sie dazu auffordern, dass Sie vergessen, welcher Partei Sie angehören, heute gehören Sie nur einer Partei an, nämlich Graz, und Graz braucht ein gemeinsames Vorgehen in Sachen Finanzen (*Applaus ÖVP*).

Ich möchte heute stolz darauf sein, dass ich Gemeinderätin dieser Stadt bin und den GrazerInnen sagen kann, alle im Gemeinderat vertretenen Parteien haben ein Anliegen und das heißt Graz. Beginnen wir diese neue Periode nicht mit einem

politischen Kleinkrieg, beginnen wir die neue Periode, leiten wir sie mit Veränderung ein, nämlich in der politischen Kultur und in einer gemeinsamen Vorgehensweise (*Applaus ÖVP*). Ich möchte damit gleich beginnen und darf mich bei Ihnen, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, bedanken, dass Sie sich für Graz einbringen und mein Dank geht auch an die MitarbeiterInnen der Finanz- und Vermögensdirektion, an den Herrn Finanzdirektor Dr. Karl Kampfer, an unseren Stadtrechnungshofdirektor Dr. Günther Riegler, auch an Gerhard Rüschi, der schon als Verkehrsstadtrat in Graz Geschichte geschrieben hat und ein besonderer Dank geht an unseren Bürgermeister Siegfried Nagl, der bekannt dafür ist, wie ein Löwe für Graz zu kämpfen – auch in Sachen Finanzen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

## SPÖ

### **Gemeinderat Karl-Heinz H E R P E R**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, werte hohe Beamtenschaft. Ich sage es als Vorbemerkung, ich stünde heute ja nicht hier und so halbwegs wacker, wenn ich nicht nach einem Radunfall, an dem mich ein Autofahrer halt beim Absteigen gestört hat, ich einen Helm als Initiative unseres Gesundheitsstadtrates natürlich verstärkend aufgehabt hätte, weil sonst hätte ich mit meinem Plutzer anders ausgesehen und hätte letalere Folgen nach sich gezogen, ich unterstützte die Aktion von Wolfgang Riedler (*Applaus SPÖ*). Ich bin mir ja vorgekommen bei der Verena Ennemoser, liebe Kollegin, bei der Jungfernrede heute, so jetzt zum Abschluss ein bisschen am Vorabend des Ersten Weltkrieges, als der olle Kaiser Wilhelm vor dem deutschen Reichstag erklärt hat, ich kenne nur noch Deutsche, so ungefähr hat das geklungen dieser martialische Abschluss, ich glaube, das ist nicht notwendig.

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Du hast nicht zugehört.***

GR. **Herper:** Es ist gut, dass es Unterschiede gibt, dass es unterschiedliche Zugänge, unterschiedliche Interpretationen gibt, aber wird sind nicht eine Nudel, ein Teig (*Applaus SPÖ*). Wir sind was Selbständiges. Ich wiederhole in Konsequenz einfach auch der letzten Monate, ich habe schon bei der Angelobung dieser neuen Stadtregierung auf ein Wort, auf ein Motto hingewiesen, das wir uns gestellt haben und das ich immer wieder *ceterum censeo* wiederholen werde. Man darf sich nicht abfinden mit den Dingen, man muss sie einfach besser machen wollen. Das haben wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gestellt und diesem Motto werden wir auch in den nächsten Monaten und Jahren Folge leisten. Deswegen rede

ich auch gar nicht um den berühmten heißen Brei, wie von dir zitiert, Frau Kollegin, herum, weil ich meine, die Stadt gehört ja nicht Schwarz/Grün allein. Ob nun Wahlgänge oder nicht Wahlgänge, als gewählte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben wir eine Verantwortung für das Ganze, für die ganze Stadt, und wir sind ja nicht die geborenen Zweiten, wir Sozialdemokratinnen/Sozialdemokraten. Mit diesem Selbstbewusstsein trete ich hier an. Wir sind nicht die geborenen Zweiten, sondern gleichberechtigte Erste und ihr werdet euch noch anschauen in den nächsten Wochen und Monaten und Jahren (*Applaus SPÖ*). Also nötiges Selbstbewusstsein, gar keine Frage. Als SPÖ Graz, liebe Kolleginnen und Kollegen, und als zweitstärkste Fraktion dieses Hauses, um das noch einmal nachdrücklich zu erwähnen, bekennen wir uns Verantwortung für unser Graz, für unsere Heimatstadt zu tragen, das wurde von unserem Parteivorsitzenden Stadtrat Wolfgang Riedler schon mehrfach und deutlich betont.

Dies obwohl unser Angebot einer Zusammenarbeit im Interesse der Stadt sowohl von der ÖVP als auch seitens der Grünen letztendlich abgelehnt worden ist. Es war ja klar von der Jahreswende an, im Zuge des Wahlkampfes, dass schon lange, wie gesagt, vor dem 20. Jänner, dass es eine konservative-grüne Zusammenarbeit geben wird und dass diese auch nicht nur im Geiste, sondern auch schon inhaltlich paktiert worden war.

Dennoch wird sich die SPÖ Graz aus ihrer Verpflichtung gegenüber der Stadt Graz und den Grazerinnen und Grazern nicht entziehen und zwar nicht in dieser plumpen Art und Weise, uns eine Oppositionsrolle zuschieben zu wollen, wie sich Schwarz-Grün als Ziel gesetzt haben. Ich erinnere da nur, und das wiederholt, es tut weh, dass ich immer Salz in die Wunden streue, eine bislang in Graz unbekannt gewesene Form von Machtarroganz und die dadurch geprägten Personalentscheidungen der letzten Tage und Wochen. Ich erwähnte nur das heutige Stück Aufsichtsratsbestellung Stadtwerke, nach dem exemplarischen Motto: „Alle Roten raus“ .

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen uns vielmehr in einer langjährigen Pakt-Verpflichtung gegenüber allen Grazerinnen und Grazern selbst und werden auch dafür und in besonderer Weise arbeiten.

In diesem Sinne war es die Absicht der SPÖ von Anfang an, dem neuen Finanzreferenten Gerhard Rüschi, den wir als seriösen, nüchternen und faktenorientierten Politiker zu schätzen wissen, den nicht einfachen Start zu erleichtern, und, Gerhard, bei aller Wertschätzung, ich schätze deinen alemannischen Geist und dein Hinweis, man hätte das auch im Netz lesen können, natürlich, aber es ist ein Unterschied, ob man für Freitag eingeladen wird, um Rückfragen, um Interpretationsfragen, um Sachfragen, um Nachfragen, zu stellen, um Auskünfte zu erhalten. Es ist ein feiner, kleiner Unterschied auf den ich dich hinweisen will, außer man liest die Texte nur noch im Netz, dann könnten wir auch das Ganze nur noch im Netz abhalten und keine Gemeinderatssitzung mehr abhalten wollen und brauchen (*Applaus SPÖ*). Ich finde das als stilllos, das ist eine Frage der Transparenz, das ist eine Frage des Miteinanders, wenn man es wirklich haben will, dann muss man einzeln, dann muss man gruppenmäßig, dann muss man klubmäßig die Informationen geben können und wollen. Also wir wollten deinen nicht einfachen Start, du bist ja schließlich geschult bei Egon Matzner, wie ich weiß, einer unserer ehemaligen alten bekannten Freunde, und wollten dem vorliegenden Budgetentwurf die Zustimmung geben. Dies auch in der Erwartung, dass Gerhard Rüschi, du Gerhard, den 2003 von Wolfgang Riedler eingeschlagenen, weil aufgrund der Versäumnisse des ehemaligen Finanzreferenten Siegfried Nagl, notwendig gewordenen und inzwischen erfolgreich absolvierten Budget-Konsolidierungskurs fortsetzen werde. Diese Hoffnung hatten wir. Liebe Kollegin Ennemoser, trotz deiner Schalmienklänge von Sparfroh, dem ist nicht so, das ist nicht so.

Wie gesagt, wir waren optimistisch gewesen, dies nicht zuletzt auch wegen der 2007 erfolgten Prognosen für das heurige Jahr, dass aufgrund des „Wolfgang-Riedler-Kurses“, so ja erfolgreich in Beilagen in den Zeitungen der ÖVP beworben, um den einschlägigen ÖVP-Wahlbroschüren noch groß herausgestellt, also der Wolfgang-Riedler-Kurs, die sogenannte Budgetlücke nur noch 80 Millionen Euro betragen würde. Wobei damals nicht miteingerechnet werden konnte, dass heuer sogar mehr als 20 Millionen – durch gestiegene Ertragsanteile etc - zusätzlich an Einnahmen fließen würden. Was das Budgetloch hätte kleiner machen können (hätte, denn, ich bin im Verdacht bei dieser Koalition muss man in der permanenten Möglichkeitsform sprechen, frei nach dem Motto: Alles ist möglich, nichts ist fix).

Dieser Optimismus ist uns nach der uns sehr spät zugestandenen mündlich zur Verfügung stehenden Auskunftserheischung und daher nur kurzen Blick ermöglichend am Wochenende gänzlich verfliegen. Wahrscheinlich hat man gemeint, man kann das als gemeinsames Sonntagsgebet abhalten, vielleicht die Budgeteinlesung, die gemeinsame.

Wer der beiden Koalitionspartner, wer wen dazu animiert hat, das Budgetdefizit wie zu schlechten Zeiten eines Finanzstadtrates Siegfried Nagl explodieren zu lassen, wissen wir nicht. Heute titeln ja die Zeitungen oder in den letzten Tagen titelten ja schon die Zeitungen, am Wochenende dank deiner Presseinformation am Freitag, lieber Gerhard Rüscher, österreichweit „Schock für Graz: Eine Milliarde Schulden“ ... und Zitat: „schlingendes Grazer Budget-Schiff...“. Ich kann die Zitate noch fortsetzen.

Klipp und klar gesagt, es ist uns auch nicht so wichtig.

Für diesen neuerlichen Weg in die Schuldenfalle tragen unserer Meinung nach beide Koalitionspartner die Verantwortung. Und sie haben es auch gemeinsam zu verantworten, dass die finanzielle und damit existenzielle Zukunft der Stadt gefährdet ist, indem sie das Geld mit beiden Händen ausgeben.

Es ist natürlich menschlich verständlich, dass sich diese konservativ-grüne Koalition ihren Start versüßen will, indem rundum die sprichwörtlichen „Zuckerln“ verteilt werden.

Aber wir wissen auch: Zu viele solcher klebrigen Zuckerln, nach dem Motto nimm 2, Schwarz/grün, denn Naschen ist gesund, könnte ja ganz schön schwer die klebrigen Zuckerln im Magen liegen – mit nicht gerade angenehmen Nachwehen.

Oder, um einen Vergleich mit einem Häuselbauer zu ziehen: Wenn zu viel Geld in die Außenanlagen, in die Gartengestaltung gesteckt wird und nichts mehr für die Innenwände da ist, dann heißt es entweder: das Haus kleiner zu bauen oder Teile der Außenanlagen zu verkaufen, zu veräußern, zu verwerten...

Umgelegt auf dieses Budget heißt das: Es kommt nicht von ungefähr, dass nicht wenige in dieser Stadt, wir auch, befürchten, dass mit diesen finanziellen Rösselsprüngen der Ausverkauf der Stadt eingeleitet wird – die angekündigten

Umstrukturierungen bei den Stadtwerken nähren den Verdacht, bei allen Widerlegungen deinerseits und Ankündigungen, ob wir es glauben oder nicht, wir sind halt wie die ungläubigen Thomase, um eine bibelfeste Stelle zu zitieren...

***Zwischenruf GRin. Binder: Ihr habt verscherbelt, was gegangen ist.***

GR. **Herper:** Die angekündigten Umstrukturierungen bei den Stadtwerken nähren nämlich diesen Verdacht, dass wieder einmal – und das wäre ja nicht das erste Mal, dass Kollege Nagl auf solche Gedanken verfällt – das gute Grazer Wasser in die Kassa spülen wird, nämlich mit Geld.

Denn wenn davon die Rede ist, dass heuer 20 Millionen Euro an Dividenden-Entnahmen aus den Stadtwerken die Finanzierbarkeit der Stadt retten sollen, dann drängt sich natürlich der Umkehrschluss auf, liebe Kollegin Binder, welche Finanzlöcher bei den Stadtwerken werden aufgerissen – und wie wird man diese Löcher beim immerhin größten städtischen Unternehmen stopfen?

Wird es zum Ab- und Schlussverkauf der Stadtwerke-Immobilien kommen? Nachtigall, ick hör dir trapsen, möchte erinnern, als Gerhard Rüschi in der letzten Gemeinderatssitzung zu später Nachtstunde seinen Finanzgarn gesponnen hat und plötzlich sich ein bisschen verhaspelt hat mit dem Hinweis auf die gemeinsame sprichwörtlichen „Verwertung“, so Zitat, von Immobilien der Stadtwerke und im Eigentum der GBG befindlichem. Ich weise nur darauf hin und wir weisen nur darauf hin, es handelt sich da unter anderem auch um Bereiche, die ins Wasserschongebiet reichen oder um Heimgarten-Areale. Will also Schwarz-Grün den Grüngürtel ausdünnen, Wasserressourcen gefährden, vielleicht auch das private „Garteln“ in Frage stellen, liebe Sigi?

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Langsam kriege ich Angst.***

GR. **Herper:** Das wird auf jeden Fall auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen, seitens der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, um das auch klar zu sagen (*Applaus SPÖ*). Das wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

Werden nicht kostendeckende Leistungen - da fallen einem natürlich sofort die Bäder oder die Grazer Verkehrsbetriebe ein - eingeschränkt? Wird, wie schon erwähnt, das Grazer Wasser auf den Markt geworfen? Oder müssen die Grazerinnen und Grazer den Preis für Schwarz-Grün in Form von höheren Tarifen und Gebühren berappen?

Verena Ennemoser hat ja ein gutes Zitat gebracht, in dem sie ihre Philosophie vorgetragen, jetzt ist sie gerade nicht da, die Budgetsprecherin der ÖVP, sie hat darauf hingewiesen, sie wolle, und das sei die Philosophie der Mehrheitspartei in diesem Haus und in dieser Stadt, die Stadt nach der alten Siegfried-Nagl-Version als Unternehmen führen. Mir ist dann nur in den Sinn gekommen, ich sage es einmal, wenn wir nur in Kategorien von Unternehmen und Unternehmungen denken und ein städtisches Gemeinwesen und eine so vielfältige Stadt wie Graz führen wollen als Unternehmen, dann wird es auf Dauer das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen ersetzen, vor allem aber auch die sozialen Kategorien letztendlich. Die Menschen erwarten eine Politik, die klüger ist als der Markt. Natürlich spüren wir, dass viele Menschen verletzt sind, verunsichert, verängstigt, dass sie mehr wollen als die üblichen Bestätigungen, die heute schon gegeben wurden. Deshalb brauchen wir andere Konzepte, Alternativen, auch mehr als bisher Schutzform vor Auswüchsen eines Gesellschaftssystems, das ich bei allem Marktradikalismus noch immer als Kapitalismus definiere und die auf Dauer auch die Miete unserer Gesellschaft sich nicht damit abfinden lassen wird. Man kann nicht stets, meiner Meinung nach, den Kleinen den Verzicht predigen und die Großen, und ich meine damit nicht nur die großen Manager der öffentlich-rechtlichen Unternehmen und wo Beteiligungen der öffentlich-rechtlichen Hand existieren in Österreich, in der Steiermark oder in Graz, während Großen beim Kassieren jedes Maß verlieren (*Applaus SPÖ*). Und einer der französischen Meisterdenker, der Pierre Bourdieu, ist mir in den Sinn gekommen, als Verena Ennemoser gemeint hat, die Unterschiede wolle sie klarlegen. Ein Hoch den Unterschieden. Ich erinnere nur aus einem Standardwerk „Die feinen Unterschiede“, nämlich die die übrig bleiben, die die rausfallen von der Mitte der Gesellschaft schon in Mitteleuropa in diesem Gesellschaftssozialsystem und denen, denen es gut geht und es immer besser geht. Diese feinen Unterschiede wollen wir in dieser Stadt nicht, deswegen sind wir für eine soziale Stadt (*Applaus SPÖ*).

Auf jeden Fall: 20 Millionen Dividenden-Entnahmen sind für uns Sozialdemokraten/Sozialdemokratinnen ja wirklich keine Zukunftsperspektive, die uns hoffnungsfroh macht, sondern die allergrößten Befürchtungen für die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt aufkeimen lässt.

Und die jüngsten Presseberichte betreffend unseren Schloßberg lassen zusätzlich Schlimmes befürchten, ich sage Medienberichte, muss ja nicht alles stimmen, aber wenn man dem nachgeht, dann geht es hier um den Verkauf von Baurechten in und auf dem Schloßberg, von einer Garage im Schloßberg ist die Rede, von einem Kinokomplex etc.

***Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker: Man soll nicht alles glauben.***

GR. **Herper:** Ja, ob man alles glaubt oder nicht, dahinter ist offensichtlich ein schwarz/grünes Projekt, der Eventberg Schloßberg steckt dahinter, als sagenhaftes Gebilde. Die ökonomisch-kommerzielle Verwertung des praktisch im Eigentum der Grazer BürgerInnen befindlichen Hausbergs.

Und angeblich wurde von Bürgermeister und Bürgermeisterstellvertreterin bereits die grundsätzliche Zustimmung gegeben, zumindest hat man das entnehmen dürfen. Ich bitte um einen Gegenbeweis. Nun vielleicht ist es immer wieder bei dir, Siegfried Nagl, und bei dir, Lisa Rücker, immer eine Missinterpretation, wie die letzten Tage ja öfter zu vernehmen war, ich denke nur an irgendwelche tiefenpsychologische Ausformungen und biologistische Interpretationen etc., etc, die da immer missgedeutet und missinterpretiert wurden, aber gehen wir zu den Tatsachen. Es wird ja nicht soweit kommen, dass der Uhrturm via ebay verramscht wird – und vielleicht wird nicht der ganze Schloßberg, sondern vielleicht nur Teile davon, dienlich sein, um das Stopfen konservativ-grünen Budgetlöcher zu ermöglichen? Da wird uns ja allerhand, wenn ich diese Schloßberggeschichte im Auge habe, wird uns noch allerhand ins Rathaus stehen.

Eine grundsätzliche Zustimmung zu diesem Budgetkurs kann von Seiten der SPÖ unter solchen Grundsätzen und Gesichtspunkten wohl niemand erwarten dürfen.

Unsere Bereitschaft, Verantwortung zu tragen, schließt nicht die Bereitschaft mit ein, eine Rückkehr in die überwunden geglaubte finanzielle Abenteuerpolitik mitverantworten zu wollen. Denn es fehlen uns, wie gesagt:

- die Perspektiven in diesem Budgetentwurf,
- die Ernsthaftigkeit, Sorgfalt und das nötige Augenmaß, um mit dem alten Weber zu sprechen, sowie
- das Bemühen, einen nachhaltigen Konsolidierungsprozess, wie er bereits von Stadtrat Riedler eingeleitet worden war, konsequent in dieser Funktionsperiode fortzusetzen.

Und es erfüllt uns auch bereits mit großer Sorge, dass jetzt wieder auf diesem Weg, auf diesem Schuldenweg nach den Schuldigen gesucht wird.

Wie immer, so dürfen wir den Unterlagen und Ausführungen entnehmen, ist es das städtische Personal. Ganz so, als ob es die 4500 städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wären, insgesamt sind es ja an die 7000 samt den ausgegliederten Gesellschaften, die angesichts gesetzlich vorgeschriebener Pflichtleistungen oder die durch die seinerzeitige schwarzblaue Bundesregierung auf uns abgewälzten zusätzlichen Aufgaben verantwortlich dafür wären; oder für teure Projekte, die wir auf Dauer begleiten, wie die „Werkstatt Graz“, dafür ist immer Zeit und Geld vorhanden, oder den Millionencontainer für die freiwillige Feuerwehrjugend.

Aber ganz so, als ob es die 4500 aktiven Magistratsbediensteten und die im wohlverdienten Ruhestand befindlichen ehemaligen MitarbeiterInnen der Stadt Graz es zu verantworten hätten, dass die seit 2000 vom damaligen Finanzstadtrat Nagl versprochenen Millionenunterstützungen von Bund und Land nie geflossen sind; geschweige denn seine vollmundigen Versprechen zu Beginn der vergangenen Funktionsperiode, auch Gerhard Rüschi, du tönst jetzt ja auch schon Siegfried-Nagligartig, wie man aus deiner Pressekonferenz entnehmen darf, wo du Brosamen gestreut hast, mehr Geld von Bund und Land. Aber ich meine, da wird nix kommen, also kündigt du vorsichtshalber gleich laut Zeitungsberichten an: „Schmerzhafte

Einschnitte in allen Ressorts ab kommenden Herbst“. Gerhard Rüschi – nach Eigendefinition – a bissel a Ungustl, so wie du das angekündigt hast, aber ich meine doch eher mehr ein Zerrissener.

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Herper:** Er wird ein bisschen einen Ungustl spielen, hat er gemeint. Aber ich meine, er wirkt mehr als ein Zerrissener, ein Getriebener, ein bisschen ein Ratloser.

Jetzt bereits wieder auf Personal- und Pensionskosten zu verweisen, erfüllt uns auch aus einem anderen Grund mit Sorge, um nicht zu sagen, mit Verärgerung:

Denn mit dem sogenannten Personalpaket in Zusammenhang mit der Aufgabenkritik, mit der Pensionsreform, mit dem praktischen Aus der Pragmatisierungen, mit einem halbjährigen Verzicht auf die Gehaltserhöhungen im Jahr 2006 haben die städtischen Bediensteten in überproportionalem Ausmaß ihren Beitrag zum Konsolidierungskurs geleistet. Nicht zu vergessen, dass die der Stadt übertragenen Mehraufgaben natürlich auch von diesen Bediensteten geleistet werden mussten und geleistet werden (*Applaus SPÖ*).

Im Übrigen erlaube ich mir an dieser Stelle, mich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion ausdrücklich, nicht nur bei den 4500, sondern bei den insgesamt 7000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beschäftigten Bediensteten der Stadt Graz für die engagierte und geleistete Arbeit zu bedanken, die sie Tag für Tag, Nacht für Nacht im Interesse der Stadt und der Grazerinnen und Grazer leisten. Die Lebensqualität in dieser Stadt, die Wohnqualität, die Sauberkeit und Sicherheit in unserer Stadt sind ganz wesentlich mit ihr Verdienst (*Applaus SPÖ*).

Und hier an dieser Stelle und ein besonderer Dank anlässlich des Budgetgemeinderates natürlich an die bewährten MitarbeiterInnen der Finanzdirektion. Und Finanzdirektor Kamper und seinem Mitarbeiter Michi Kicker herzliches Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Sollte jetzt der eine oder die andere aus der konservativ-grünen Ecke bereits den Rechenstift in der Hand haben und überlegen, was, wo und wie an Personalkosten eingespart werden kann, erlaube ich mir nur noch einen Hinweis:

Die Entscheidung, ob Leistungen in Eigenregie oder ausgelagert erledigt werden, ist nur zum unwesentlichen Teil eine Kostenfrage: Entweder belasten diese Ausgaben eben das Personal- oder das Sachbudget. Es ist aber sehr wohl, in Zusammenhang etwa mit der Daseinsvorsorge, eine Frage der sozialen Sicherheit für die Bevölkerung, für die gesamte städtische Bevölkerung.

Und in diesem Sinne werden wir einem Ausgliederungs- und Privatisierungswahn als SPÖ uns mit aller Kraft entgegenstemmen, ihr braucht nicht lächeln, wir werden sehr achtsam sein und sehr sorgfältig alle eure Vorschläge und Äußerungen prüfen. Die Ver- und Entsorgungssicherheit der Grazer Bevölkerung ist uns wichtig und wir wollen nicht, dass mit schnellem Geld nach nur vier konservativ-grünen Monaten sich abzeichnenden Budgetlöcher gestopft werden.

Dieser erste schwarz-grüne Budgetentwurf führt leider wieder auf jenen Weg zurück, den wir 2003, nach dem Abgang des damaligen Finanzreferenten Nagl, endlich verlassen zu haben glaubten:

Nämlich er führt zum Budgetfiasko, zum 1-Milliarde-Defizit.

Das heißt aber nicht, werte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn du den Kopf schüttelst, liebe Sigi Binder, dass wir nicht Teile des Budgets sehr wohl als ambitioniert und als Fortsetzung eines guten Kurses einschätzen und bewerten, für den auch die SPÖ bereit ist, Mitverantwortung und Verantwortung zu schultern, weil wir ihn auch wesentlich mitentwickelt und in den letzten Jahren mitbestimmt haben.

Deshalb wird die SPÖ nicht nur den Budgets der Bereiche Kultur, Gesundheit, Soziales und Frauen die Zustimmung erteilen, die ja ohnehin wesentlich die Handschrift von Wolfgang Riedler und Elke Edlinger tragen, wir werden auch das Jugendbudget und das Budget für die Geriatrischen Zentren mittragen so wie auch die Budgetansätze für den Bereich Integration und für das Wohnungsressort unterstützen. Herzlichen Dank (*Applaus SPÖ*).

***Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher: Das hoffe ich.***

## GRÜNE

### Gemeinderat Dr. Gerhard WOHLFAHRT

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste! Ich würde mich so gerne den Sorgen von Herrn Karl-Heinz Herper anschließen, wenn er nicht die Fakten ganz komische wären. Ich habe nur kurz nachgeschaut und ich habe die Unterlagen zufällig mit gehabt, diese Veräußerung von Liegenschaften im Jahr 2006, die Kleinigkeit von 82 Millionen. Wurden im Jahr 2006 82 Millionen verkauft, ich weiß nicht, warum man sich über 20 so sehr aufregen muss. Das Verkaufen ist gefährlich, da sind wir auf einer Linie. Lassen wir vielleicht die Vergangenheit weg, da war es viel mehr, aber das ist die eine Geschichte (*Applaus Grüne*). Die andere Geschichte finde ich ja noch lustiger. Ich habe mir gestern wirklich Sorgen gemacht um die Stadtwerke, da kommt ein Stück daher, 20 Millionen Dividende soll von den Stadtwerken abgeschöpft werden, ist es abgesprochen oder gibt es noch Unterschiede im Stück? Wenn man sich ernsthaft um die Stadtwerke Sorge macht, dann muss man genau nachschauen und überlegen, geht das, funktioniert das usw. Und ich bin auch zum Gerhard Rüschi gegangen und habe gesagt, ich weiß nicht, ich tue mir da ziemlich schwer. Er hat dann gemeint, er braucht das Geld, das war nicht das Argument, ich habe dann genauer recherchiert und siehe da im Juli 2007 wurden diese zehn Millionen schon beschlossen, im Juli 2007 hat der Gemeinderat Graz die Abfuhr der Dividende beschlossen, einstimmig, wenn jemand das Stück sehen will, hier liegt es (*Applaus Grüne*). Das heißt, was wir tun, ist einfach einen Beschluss aus dem Jahre 2007 der damals vom zuständigen Stadtrat nicht umgesetzt wurde, nachzuholen; die einen zehn Millionen, die anderen zehn Millionen sind neu. Ich erkläre es noch einmal in aller Ruhe, nachdem es Unklarheiten macht, es ist ein Stück vom 28. Juli 2007, wo drinnen steht, dass der Bilanzgewinn abzuliefern ist und der ist einstimmig beschlossen. Es wurde nicht umgesetzt, weil der zuständige Stadtrat in der Hauptversammlung das übersehen hat oder wie auch immer, ich kenne die Erklärung nicht, aber wie auch immer, ok. Meine Rede wird auch eher nicht so sehr um Zahlen sein, wir sehen schon in der ersten Stufe, bei den Zahlen da geht es gar arg

durcheinander, überlegen wir für die Generalrede eher was Grundsätzliches, wir werden die Diskussion um Zahlen aber nicht scheuen.

Die Erstellung dieses Budgets war vor allem von zwei Schwierigkeiten geprägt: Von der knappen Zeit und von der Vergangenheit. Und trotzdem – trotz dieser Schwierigkeiten – haben wir einen Budgetvoranschlag geschafft. Ich gebe es gerne zu – dieser Budgetvoranschlag ist kein Budget, wie wir Grüne es in Zukunft gerne hätten. Aber in Anbetracht der zwei erwähnten Schwierigkeiten – Zeit und Vergangenheit – können wir diesen Voranschlag unterstützen. Und eines kann ich hier und jetzt versprechen: Bald, sehr bald, beginnt die mittelfristige Budgetplanung – eine Budgetplanung, die sich an ökologischen Kriterien orientiert, eine Budgetplanung, die nachhaltig sein wird, eine Budgetplanung, die öffentliche Aufgaben und öffentliche Interessen in den Mittelpunkt stellen wird. Von dieser Budgetplanung kann ich aber leider erst in einem halben Jahr berichten. Weniger als zwei Monate seit der Regierungsbildung haben dafür nicht ausgereicht. Der Faktor Zeit ist die Ursache, dass unser erstes Budget kein wirklich grünes Budget ist.

Warum unterstützen wir aber heute einen Budgetvoranschlag, der in vielen Bereichen eine Fortschreibung der alten Budgetpolitik darstellt? Nicht nur, weil es klar war, dass wir binnen zwei Monaten nicht alles verändern können.

Wir unterstützen dieses Budget vor allem deswegen, weil erste grüne Pflänzchen gesetzt wurden. Kleine, aber feine Pflänzchen. Pflänzchen, die wachsen werden.

*Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Unkraut.*

Dr. **Wohlfahrt**: Das wird sich weisen. Beispielsweise wurde das Integrationsbudget massiv aufgestockt. Und das Integrationsbudget wird weiter wachsen. Und ein Euro Mehrausgaben im Integrationsbereich ist nicht nur ein wichtiger Wert an sich – wir werden damit auch die Integration verbessern und die zukünftige Folgekosten verfehlter Integrationspolitik vermeiden.

Verfehlte Integrationspolitik verursacht hohe Sozialausgaben.

Und genau die Sozialausgaben sind stark gestiegen. Wir können und wollen die Sozialausgaben nicht kürzen. Unser Ziel ist es aber trotzdem, bei den Sozialausgaben einzusparen. Nicht durch Kürzungen, sondern durch vorbeugende Maßnahmen, die bei den Ursachen der Sozialausgaben ansetzen (*Applaus Grüne*).

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist grüne Budgetpolitik. Vorausschauend und mutig die richtigen Taten zum richtigen Zeitpunkt setzen. Und nicht nur über ein paar Euro mehr oder weniger diskutieren. Deshalb ist es wichtig, dass das Integrationsbudget deutlich aufgestockt wird.

Und in diesem Zusammenhang gibt es auch eine inhaltlich wichtige Einsparung, wir haben auch Einsparungen: Wir bekennen uns zu einer Vorreiterrolle im Bereich der Menschenrechte. Fairnessabkommen im Wahlkampf sind kein Selbstzweck. Fairnessabkommen – die von unabhängigen Beobachtern beobachtet werden und darüber entschieden wird. Wenn es im Wahlkampf oder auch in anderen Zeiten zu Missachtungen der Menschenrechte kommt, dann muss dies auch finanzielle Folgen haben. Die Stadt Graz kann und will es sich nicht leisten, die Öffentlichkeitsarbeit jener Parteien zu unterstützen, die sich nicht an das Fairnessabkommen gehalten haben (*Applaus Grüne*). Für diese Parteien wird es ab sofort deutlich reduzierte Parteisubventionen geben. Ein weiteres grünes Pflänzchen – oder eigentlich ist das schon eine richtige Pflanze – gedeiht im Verkehrsressort. Im Verkehrsbudget gibt es deutliche Umschichtungen zu mehr Geld für sanfte Mobilität. Da ist einerseits der bereits voriges Jahr beschlossene Verkehrsdienstleistungsvertrag mit der GVB, der uns zwar einerseits in der Verkehrspolitik viel Freude macht, aber andererseits beim Budget etliche Sorgen bereitet. Rund 50 Millionen Euro werden heuer und in den Folgejahren budgetwirksam. Verkehrspolitisch sinnvoll und notwendig, für die Finanzen der Stadt Graz aber nicht die reine Freude. Grüne Politik kann aber nicht nur aus Verkehrsdienstleistungsverträgen bestehen – das könnten wir uns nicht leisten. Wichtig sind deshalb Maßnahmen, die vor allem Mut und Intelligenz brauchen, aber weniger Geld. Mut und Intelligenz sollten ja ausreichend vorhanden sein.

**Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Wirklich?**

Dr. **Wohlfahrt**: Auf jeden Fall. In der Verkehrspolitik bedeutet das weniger Verkehr, eine Stadt der kurzen Wege und vor allem den Einsatz der billigsten Verkehrsmittel – mehr zu Fuß gehen und mehr Rad fahren. Öffentliche Gelder, die diese Mobilitätsformen unterstützen, sind sinnvoll investiert. Und dafür brauchen wir keine 50 Millionen Euro – weder heuer, noch nächstes Jahr, noch in der ganzen kommenden Gemeinderatsperiode. Mit diesen „alternativen Verkehrsmitteln“ – mit mehr zu Fuß gehen und mehr Rad fahren - können öffentliche und private Gelder eingespart werden, können hohe Folgekosten vermieden werden, wird die Lebensqualität in Graz deutlich ansteigen. Und vielleicht können wir dann auch von steigenden Steuerertragsanteilen infolge von mehr BewohnerInnen rechnen (*Applaus Grüne*).

Auch das ist ein Beispiel für zukünftige grüne Budgetpolitik, die wir mit unserer Vizebürgermeisterin Lisa Rücker umsetzen werden.

Aber, ich kann es nicht verleugnen, das ist noch ein wenig Zukunftsmusik. Aber wie sollte es auch anders sein? Pflanzen brauchen ihre Zeit, bis sie wachsen, gedeihen und auch blühen. Ähnlich ist es mit unserer grünen Politik. Wie hätten wir nach rund zwei Monaten ein wirklich grünes Budget vorlegen sollen? Damit hab ich den Faktor Zeit bei der Budgeterstellung abgehandelt, aber welchen Einfluss hat die Vergangenheit? Ich könnte jetzt auf den riesigen Schuldenberg verweisen und wüsste mich sofort in umfangreicher Gesellschaft – aber dieser Hinweis ist nicht der entscheidende.

Sicherlich wäre es einfacher, wenn wir weniger Schulden hätten. Aber Schuldenabbau heißt fast immer Verkauf von öffentlichem Eigentum – und der will gut überlegt sein. Die Schulden an sich sind eindeutig nicht unser größtes Problem. Eine Milliarde Schulden und eine funktionierende, gut ausgebaute, öffentliche Infrastruktur sind sicherlich besser als keine Schulden und alles verkauft. Für jene unter Ihnen, die an dieser Aussage zweifeln, ein kleines einfaches Beispiel.

Eine Milliarde Euro Schulden, man könnte auch sagen, 14 Milliarden Schilling oder wie immer Sie es benennen wollen, es ist ein Betrag, den keiner von uns wirklich versteht, aber gut, wir haben jetzt eine Milliarde Schulden, ja, das ist so etwa der

Schuldenstand der Stadt Graz mit all ihren Gesellschaften und Beteiligungen. Und wie viel ist unser Vermögen wert? Das Vermögen der Stadt Graz, der Stadtwerke, der GBG und einiger anderer Gesellschaften. Grobe Schätzungen deuten, und bitte, es sind grobe Schätzungen, wir wissen es alle nicht genau, grobe Schätzungen deuten darauf hin, dass es rund zwei Milliarden Euro sind, Bewertungsansätze hin und her. Nun ja, es ist wohl eindeutig besser ein Vermögen von 2 Milliarden zu haben, das mit einer Milliarde Schulden belastet ist, als nichts zu besitzen.

Selbstverständlich sollen und wollen wir unser Vermögen nicht verkaufen. Bitte hören wir auch nicht zu sehr auf jene oft gut meinenden MahnerInnen, manchmal neoliberale BeraterInnen, die nur auf die Schuldenproblematik hinweisen und keinen Blick für das Ganze haben. Das wäre der verkürzte und verfehlte Blick. Ein zu starkes Verweisen auf die Schulden ohne wirtschaftliche Gesamteinschätzung erhöht den politischen Druck zu privatisieren, wir haben das ja fast erlebt. Mit Privatisieren sind in diesem Fall keine Ausgliederungen an die GBG oder die Stadtwerke gemeint, diese Ausgliederungen beeinflussen ja nicht den Schuldenstand, sondern „echte Privatisierungen“ im Sinne von Verkäufen an Private, ich glaube, das wäre eindeutig der falsche Weg (*Applaus Grüne*). Wir sitzen also auf einem Nettovermögen von rund einer Milliarde Euro – ein schönes Gefühl, nicht wahr? Wir haben aber den Auftrag, mit diesem Vermögen sehr sorgsam umzugehen und es weiter zu vergrößern – zu unser aller Wohlergehen.

### ***Zwischenruf unverständlich.***

Dr. **Wohlfahrt**: Nein, wir reden jetzt von Beständen, das ist die Schwierigkeit, es gibt stacks and flows, also es ist in der ersten Einheit unterscheidet stacks and flows, 10 Liter in eine Badewanne, wie viel ist drinnen, stacks and flows, das ist eine ganz wichtige Unterscheidung und da muss man einfach ganz genau aufpassen. Dieses Vermögen wurde langsam und mühsam aufgebaut – und es stammt natürlich von uns, nicht von uns PolitikerInnen, sondern von unseren Bürgerinnen und Bürgern.

Die Politik ist nur Verwalterin des Vermögens – und wir werden uns bemühen, dieses Vermögen im Interesse aller möglichst gut zu verwalten. Und wir brauchen dieses Vermögen auch ganz dringend – in Form von Kindergärten und Schulen für unsere Kinder, in Form von Autobussen und Straßenbahnen, in Form von Wasserleitungen und Kanälen. Nicht auszudenken, wenn wir dieses Vermögen nicht hätten. Nicht auszudenken, wenn dieses Vermögen in Privatbesitz wäre und wir mit unseren Grundbedürfnissen von privaten InvestorInnen abhängig wären. Aber keine Sorge – dazu wird es nicht kommen – der Verkauf von Vermögen zum Schuldenabbau ist eindeutig keine Lösung. Keine vernünftige Lösung und keine grüne Lösung (*Applaus Grüne*). Unser Nettovermögen im Wert von einer Milliarde ist ein Teil der Vergangenheit – ein erfreulicher Teil. Am Anfang meinte ich, die Vergangenheit sei eine große Schwierigkeit gewesen bei der Erstellung des Budgets. Da bin ich wohl noch eine Erklärung schuldig. In der langen Vergangenheit haben wir – oder eigentlich schon fast unsere Vorfahren – dieses Vermögen geschaffen. Was ist aber in den letzten Jahren geschehen – vielleicht sogar schon Jahrzehnten. Ich habe mir nur die letzten Jahre – ab dem Jahr 2002 – etwas genauer angeschaut. Und da ist dieses Nettovermögen – Unternehmer würden dazu auch Eigenkapital sagen – von Jahr zu Jahr weniger geworden. Und ziemlich genau, aber es sind natürlich Schätzungen, in der Größenordnung um ziemlich genau 50 Millionen pro Jahr. 50 Millionen Nettovermögen von Jahr zu Jahr – das ist der falsche Weg. Würden wir diesen Weg bis zum bitteren Ende fortsetzen, dann hätten wir noch fast 20 Jahre Zeit. Fast, weil sich diese Abwärtsspirale am Ende immer schneller zu drehen beginnt. Wir werden diesen Weg aber nicht fortsetzen, wir brauchen mehr öffentliches Vermögen, mehr Schulen und Kindergärten, mehr Leistungen im Integrationsbereich, mehr öffentliche Verkehrsmittel, vielleicht sogar manchmal ein paar Straßen mehr und ein Welcome-House. Und vielleicht gibt es die eine oder andere Lösung mit privaten Investoren. Aber das ändert nichts an der grundsätzlichen Problematik. Wir wollen und müssen daher dieses „strukturelle Budgetdefizit“, das ist jetzt nicht der wissenschaftlich richtige Begriff, strukturell, aber ich glaube, es erklärt es ganz gut, wir müssen daher dieses grundsätzliche oder strukturelle Budgetdefizit reduzieren. Ausgabenseitig und einnahmenseitig (*Applaus Grüne*). reduzieren. Wir müssen die Ausgaben durchleuchten. Ich weiß, das ist schon geschehen. Wir müssen schauen, ob bei den Ausgaben noch sinnvolle Einsparungen möglich sind – wird sind es uns und vor allem den SteuerzahlerInnen

schuldig. Wir müssen aber auch über die Einnahmen nachdenken. Selbstverständlich sind dabei höhere Unterstützungen vom Bund und vom Land notwendig. Aber die werden nur spärlich fließen, da hat Karl-Heinz Herper schon Recht, das wird nicht die große Lösung sein. Wir müssen auch über ökologische Gebühren und Steuern nachdenken, wir dürfen dabei aber auch die soziale Seite nicht vergessen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten die letzten Jahre und wahrscheinlich auch heuer ein strukturelles Defizit in der Größenordnung von fast 50 Milliarden – es bedarf unserer gemeinsamen Anstrengung, damit wird diesen Kurs wohlbehalten verlassen können. Und glauben Sie mir bitte, dieses strukturelle Defizit liegt weder an der Finanzpolitik von Wolfgang Riedler noch an jener von Gerhard Rüschi, sondern es ist das Ergebnis langjähriger Politik.

*Zwischenruf GR. Herper: Das ist wie im Lotto.*

Dr. **Wohlfahrt**: Dieses strukturelle Defizit hat viele Ursachen, ich will sie gar nicht alle aufzählen. Eine ganz wichtige Ursache ist aber zum Glück nur temporärer Natur und wurde heute bereits erwähnt. Die Umstellung des Pensionssystems der MitarbeiterInnen der Stadt Graz. Wie Sie alle wissen, zahlt die Stadt Graz derzeit doppelt für die Pensionen. Die ehemaligen MitarbeiterInnen erhalten ihre Pension von der Stadt, für viele aktive MitarbeiterInnen wird derzeit der Pensionsbeitrag an die ASVG überwiesen. Diese Doppelbelastung ist beträchtlich und sicherlich eine der Hauptursachen für unsere mittelfristigen Budgetprobleme – aber ich befürchte, dieses Problem verfolgt uns noch die nächsten 25 Jahre. So langfristig können PolitikerInnen aber nicht planen, auch nicht die grün-schwarze Koalition. Wir müssen daher unsere Budgetproblematik auch kurz- und mittelfristig lösen. Die mittelfristige Lösung werden wir im Herbst vorstellen und mit Ihnen ausgiebig diskutieren. Die jetzt vorliegende kurzfristige Lösung ist in jeder Hinsicht kurzfristig. Viel zu kurz war die Zeit, um dieses Budget zu erstellen. Viel zu kurz war die Zeit für Sie, um sich mit diesen Zahlen vertraut zu machen. Ein kleiner Trost: Dieses Budget ist im Prinzip eine Fortsetzung des alten Budgets und wird auch nur mehr kurzfristig gelten. Sie

werden aber heute ausreichend Zeit haben, alle offenen Probleme zu diskutieren. Und ich kann mir gut vorstellen, dass Sie alle Zahlen, die schriftlich vorgelegt wurden, genauestens hinterfragen werden. Ich würde es auch nicht anders machen. Und Sie werden natürlich auf all Ihre Fragen Antworten bekommen. Und wir können damit alle Informationsprobleme lösen, wir werden aber heute nicht die Budgetprobleme lösen können – weder die Budgetprobleme des Jahres 2008 noch die zukünftigen. Dazu bedarf es einer neuen Politik, einer ökologischen und sozialen Politik. Ich lade Sie herzlich ein, diesen Weg in Zukunft mit uns gemeinsam zu gehen und wenn schon nicht dieses, dann zumindest die nächsten Budgets gemeinsam zu gestalten und zu verantworten (*Applaus Grüne*).

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe noch fast keine Zahlen genannt. Wenn Zahlen genannt werden, so sollen diese auch klar definiert werden. Dafür bin ich im wissenschaftlichen Bereich bekannt geworden, dafür will ich auch in der Politik bekannt werden. Was meine ich damit: Zum Beispiel Defizit: Nahezu jede Zahl zwischen 0 und 150 Millionen ist richtig je nach Definition: Schauen Sie bitte auf die erste Seite unseres Stückes: Die Einnahmen sind gleich hoch wie die Ausgaben, Nulldefizit, ein schlechter Scherz. Stadtrat Rüschi und ich haben uns darauf geeinigt, das Defizit aus der Querschnittsbetrachtung – laufende Gebarung und Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen – als relevantes Defizit zu definieren: 58 Millionen. Es gibt viele, viele andere sinnvolle Definitionen, zählen wir die geplanten Vermögenskäufe auch noch dazu, und vielleicht auch noch die Ergebnisse des Pensionsvertrages mit den Stadtwerken, der ist ja bekannt – dann sind wir schon auf rund 100 Millionen. Zählen wir auch noch die Dividende dazu, dann sind wir auf unter 20 Millionen, zählen wir vielleicht auch noch die Tilgung dazu, was auch manchmal passiert, dann sind wir auf über 150 Millionen. Welches Defizit ist gefällig? Null, 150, irgendwas dazwischen? Sagen Sie mir eine Zahl, ich liefere ihnen die Definition.

***Zwischenruf GR. Herper: Das ist wie im Lotto.***

Dr. **Wohlfahrt**: Man kann es so oder so darstellen, sinnvoll ist es, wenn man sich auf etwas einigt. Wenn wir uns auf eine Definition einigen, dann können wir vernünftig drüber reden. Ich sage dir nicht, dass wir kein Defizit haben, ich sage dir nur, jedes Defizit kann man irgendwie formulieren und ausrechnen. Ich erspare Ihnen die Defizite nach OG und AOG, nach Maastricht, dem Primärsaldo und weitere Defizite nach mehr oder weniger klar definierte Berechnungen. Vielleicht können wir uns auf die vorgeschlagene Definition einigen, von mir auch gerne auf eine andere, aber glauben Sie bitte nicht, dass es dadurch schon viel einfacher wird. Bleiben wir vorerst bei der vorgeschlagenen Definition. Dieses Defizit wird geringer, je mehr ich verkaufe.... das klingt nicht gerade nach einem sinnvollen Indikator. Aber wir könnten ja die Verkäufe noch zum Defizit dazurechnen – das würde auch wirklich Sinn machen.

Aber es wird noch immer nicht viel transparenter. Wir haben heuer das Glück, dass in der letzten Gemeinderats-Periode der sogenannte Pensionsvertrag mit den Stadtwerken abgeschlossen wurde.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das war Planung, nicht Glück.***

Dr. **Wohlfahrt**: War es Glück, ja die Planung hat nicht ganz funktioniert. Ein mehr oder weniger reiner Finanzvertrag. Wir kriegen ein Geld dazu und zahlen dafür die Pensionen – das Geld kommt heute, die Pensionen zahlen wir morgen. Reine Budgetkosmetik, abgeschlossen vom ehemaligen Finanzstadtrat Riedler (*Applaus Grüne*). Und der Vertrag erfüllt seinen kosmetischen Zweck: Das ausgewiesene Defizit sinkt die nächsten fünf Jahre – das scheint ja fast ein erfreulicher Zufall zu sein – das ausgewiesene Defizit sinkt die nächsten Jahre um 20 Millionen pro Jahr und dann, ja dann liebe Leute, müssen wir die Pensionen der ehemaligen Stadtwerke mitübernehmen, dann steigt das Defizit. Solange wir diese Korrektur nicht hineinrechnen, macht es keinen Sinn zu diskutieren, 58, 56, kommen noch 20 dazu, darf ich 30 abziehen, wer bietet mehr, wer bietet weniger. Solange wir diese Dinge nicht korrigieren, ist es schwierig, über ein Defizit zu reden.

***Zwischenruf unverständlich.***

Dr. **Wohlfahrt**: Manchmal ist es schwierig. Aber ich kann ein Angebot machen. Uns Grüne interessiert aber nicht der Klang von Zahlen – wir wollen eine ökologische, nachhaltige und sozialverträgliche Politik gestalten. Dazu laden wir ein, das ist unser wichtigstes Ziel. Aber eines kann ich Ihnen versichern: Ich scheue nicht die Diskussion über klingende Zahlen, da kann ich gut mit. Da kann ich auch deswegen gut von meiner Ausbildung her und da kann ich auch deswegen vor allem gut mit, weil ich mich bei den Mitarbeitern bedanken möchte der Stadt Graz, beim Dr. Karl Kamper und dem Michi Kicker, die mich in den letzten Jahren (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) in die Tiefen und Untiefen der städtischen Finanzpolitik eingeweiht haben. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne und ÖVP*).

## K P Ö

### **Gemeinderat Ingeborg B E R G M A N N**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Nach einer etwas hitzigen Rede meines Vorredners möchte ich wieder etwas ruhiger werden, aber trotzdem möchte ich gleich bei meinem Einstieg auf meine Vorrednerin, auf die Frau Gemeinderätin Ennemoser, hinweisen und wir haben unsere Rede mit einem Titel versehen und ich möchte sagen, wir sind keine Graz AG, kein Unternehmen, sondern die Stadt Graz ist ein Gemeinwesen (Applaus KPÖ).

Die heutige Budgetdebatte findet in einer neuen politischen Situation statt. Wir debattieren den ersten Haushaltsvoranschlag der schwarz-grünen Rathauskoalition. Nun stellt sich die Frage: Wird die KPÖ im Gegensatz zu ihrer Haltung gegenüber dem von SPÖ und ÖVP vorgelegten Budget diesmal zustimmen, wo sie doch eine Vereinbarung mit den Koalitionspartnern im Bereich Wohnen unterschrieben hat? Ich kann Ihnen versichern, davon ist nicht auszugehen.

Allein aus Zeitgründen ist eine Zustimmung, die wir ohne schlechtes Gewissen geben könnten, nicht möglich. Wir haben den umfangreichen Entwurf als Gemeinderatsklub erst am Freitag über das Internet erhalten; mit Ausnahme der Ansätze für das Wohnungsamt, die mit Stadträtin Elke Kahr ausverhandelt worden sind, ist uns das Zahlenwerk vorher nicht zugänglich gewesen. Wir haben auch keine Unterlagen über die einzelnen Budgetschwerpunkte in den anderen Ressorts erhalten und hier gibt es kurzfristig doch eine Ausnahme, wenn jetzt während der Sitzung haben wir aus dem Büro von der Frau Vizebürgermeisterin Rücker dieses Papier auf den Tisch gelegt bekommen.

***Zwischenruf GRin. Binder: Von euch haben wir überhaupt nichts bekommen.***

GRin. **Bergmann:** Diese Vorgangsweise unterscheidet sich in keiner Weise vom schlechten Stil der bestimmenden Kräfte in der Stadtregierung während der Periode 2003 bis 2008. Der Tupfen auf dem I war dann die Pressekonferenz von Finanzstadtrat Rüschi eine Stunde, bevor er die anderen Fraktionen über die Grundzüge des Budgets informierte. Ich halte das für eine Missachtung des Gemeinderates, welche die schlechten Sitten, die auch unter dem früheren Finanzstadtrat Riedler eingerissen waren, aber noch überboten hat (*Applaus KPÖ*).

Es geht aber hier nicht nur um die Vorgangsweise, es geht hier auch um den Inhalt. Und hier können wir als KPÖ nur bekräftigen, was eine Generalrednerin in diesem Haus am 14. Dezember 2006 gesagt hat: Wir sehen keine längerfristige Handlungsperspektive – noch immer nicht – und wir sehen keine strukturellen neuen Ansätze.

Vizebürgermeisterin Rücker wird wahrscheinlich bestreiten, dass dieser Satz, den sie damals ausgesprochen hat, auch für das von ihr mitverantwortete Budget heute gilt (*Applaus KPÖ*). Wie heißt es doch bei Karl Marx? Das Sein bestimmt das Bewusstsein.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Bei den Grünen nicht.***

GRin. **Bergmann:** Es ist eben eine Tatsache, dass die Stadt Graz auch im Jahr 2008 den Kurs auf Einschnitte und Belastungen fortschreibt, ohne der Sanierung unserer dramatischen Finanzlage auch nur einen Schritt näher zu kommen. Wie wir ja heute gehört haben, der Gesamtschuldenstand von Graz ist deutlich über die Milliardengrenze geschritten. Eine soziale Stadtentwicklung ist in Wirklichkeit immer schwieriger und ungewisser geworden. Die weitere Kürzung des Eckwertbudgets um fünf Prozent bedeutet für einzelne Bereiche wie zum Beispiel Soziales, Jugend, Gesundheit und Wohnen zusätzliche Einsparungen bei gleichzeitig gestiegenen Anforderungen. Besonders bedenklich sind aber die Finanztricks, mit denen man den Ordentlichen Haushalt auf dem Papier ausgleicht. Wobei diese auch nicht neu sind.

Herr Dr. Wohlfahrt, auch Stadtrat Riedler als Finanzreferent hat von Nachhaltigkeit in den letzten fünf Jahren gesprochen. Und wo stehen wir heute? 20 Millionen Euro kommen als Sonderdividende von den Stadtwerken. Dafür wird aber nicht ein Jahresüberschuss herangenommen, sondern es werden Rücklagen in den Stadtwerken aufgelöst. Sechs Millionen Euro von den Geriatrischen Gesundheitszentren, ein Immobilienpaket um 20 Millionen Euro wird geschnürt – wobei wir nicht in Erfahrung bringen konnten, was dieses beinhaltet. Obwohl man bereits bei den vergangenen Paketen fast alles verkauft hat, was die Stadt Graz an Grundstücken und Immobilien besitzt, ausgelagert hat in die GBG und man räumt noch dazu die Rücklagen der Stadt Graz zu einem beträchtlichen Teil aus. Dafür werden 30 Millionen Euro im Budget eingesetzt.

So sind in der Grundstücksrücklage bisher 9.316.855,43 Euro vorhanden. Aber auch diese Rücklage wird bis auf 55,43 Euro ausgeräumt.

Uns stellen sich jetzt folgende Fragen: Handelt es sich bei dieser Rücklage um die Erlöse aus dem Verkauf von einzelnen Gemeindewohnungen an die Mieter? Wenn ja, dann bricht man mit der Entscheidung, die heute gefällt wird, das Versprechen, aus dem Erlös dieser Wohnungsverkäufe Grundstücke für den sozialen Wohnbau anzukaufen. Und darüber hinaus muss man fragen, wo die Stadt Graz in Zukunft die Mittel für den Ankauf von Grundstücken für das Wohnbauprogramm hernehmen will? Dieser Voranschlag unterscheidet sich in der Tendenz kaum von den Budgets, die ÖVP und SPÖ unter Finanzstadtrat Riedler vorgelegt hat. Es werden Löcher gestopft und es wird ein Sanierungskurs der Stadt vorgegaukelt, bei dem es nur eine Konstante gibt: Die Einsparung auf Kosten wichtiger Leistungen für die Bevölkerung. Stadtrat Rüschi will diesen Kurs anscheinend verschärfen, weil er laut Zeitungsberichten, und auch hier muss ich dieses Thema ansprechen, gesagt hat, dass er seinen StadtsenatskollegInnen gegenüber ab Herbst als der Ungünstige sein und tiefgreifende Einschnitte vornehmen will.

In diesem Zusammenhang ein klares Wort: Ohne eine soziale Wende in der Budgetpolitik, die sich gegen die Interessen des Großkapitals und der sogenannten Finanzwelt wendet, gibt es für die Stadt Graz keine längerfristige Handlungsperspektive und keine strukturellen neuen Ansätze.

Deshalb fordern wir, wie schon viele Jahre davor, immer wieder in den Debatten in der Stadt Graz Maßnahmen, die nur auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene

durchsetzbar sind und zwar die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, die Abschaffung der Landesumlage, die Befreiung der kommunalen Einlagen von der KEST und den verfassungsmäßig verbrieften Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge vor den Begehrlichkeiten der Konzerne. Die Städte müssen im Ausmaß an steuerlichen Mehraufkommen beteiligt werden wie der Bund. Deshalb treten wir auch für einen gerechten Finanzausgleich ein. Und hier wäre noch eine Bemerkung fällig, wir haben in der Stadt einen ÖVP-Finanzreferenten, wir haben im Land einen ÖVP-Finanzlandesrat und wir haben seit vielen, vielen Jahren im Bund einen ÖVP-Finanzminister. Weiters fordern wir eine Nahverkehrsabgabe der Unternehmen, eine Flächenversiegelungsabgabe und die Abschöpfung der Wertsteigerung von Grundstücken in Folge von Umwidmungen.

Eines steht für uns fest: Unsere Stadt ist kein Unternehmen, das man bloß mit den Methoden der Privaten managen müsste, wir sind keine Graz AG, sondern ein Gemeinwesen. Deshalb müssen wir auch auf städtischer Ebene entgegensteuern. Wenn die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird, wenn die Preise für Grundnahrungsmittel explodieren, wenn Bus und Straßenbahn schon wieder teurer werden sollen und auch die Energietarife ständig hinaufgesetzt werden, welche viele andere Teuerungen weiter mit sich bringen.

Solange aber der Bürgermeister seine Energie vor allem für eine Politik der Symbole verwendet, das schlagendste Beispiel dafür ist die Diskussion um das Handy-Verbot, solange er sein Auftreten von den Ratschlägen der PR-Berater bestimmen lässt, so lange werden die Interessen der Leute, die nicht im Licht stehen, ins Hintertreffen gelangen.

Und hier kann ich es mir nicht verkneifen, noch einmal auf die Rede der Kollegin Ennemoser hinzuweisen, es gibt anscheinend in ihrem Kreis nur Leute aus dem kreativen Bereich, es gibt aber auch Arbeiter und Arbeiterinnen (*Applaus KPÖ*), die von einem Titel der Stadt nichts abbeißen können. Die Zeit drängt für die Einführung eines Sozialpasses, dessen Prüfung bereits im Herbst 2007 in diesem Haus einstimmig in Form eines dringlichen Antrag vom Gemeinderat beschlossen wurde. Deshalb meinen wir, dass ein Grazer Aktiv- oder Sozialpass keine Sache ist, die man wie einen heißen Erdapfel nicht angreifen will, sondern ein Anliegen, das umgehend verwirklicht werden sollte. Nulltarif für Menschen mit geringem Einkommen in

städtischen Einrichtungen und bei der GVB, Vergünstigungen beim Eintritt in Schwimmbäder und kulturelle Einrichtungen – und das alles auf eine unbürokratische Weise. Hier könnte die Stadt Graz ein Zeichen setzen. Was in Linz oder – um in der Steiermark zu bleiben – in Kapfenberg möglich ist, müsste auch bei uns im Jahr 2008 Wirklichkeit werden.

Wenn sich der Herr Bürgermeister entschließen könnte, seine Medienmaschine dafür in Gang zu setzen, wären wir von der KPÖ sicherlich nicht beleidigt. Wir treten schon seit vielen Jahren für diesen Sozialpass ein, es geht uns dabei um die Sache und eines muss uns allen klar sein, bei der Armutsbekämpfung drängt die Zeit. Dass es uns um die Sache geht und nicht um parteipolitisches Taktieren, das haben wir mit unserer Übereinkunft bewiesen, die wir mit ÖVP und Grünen zum Thema Wohnen getroffen haben. Jetzt geht es darum, diese Festlegungen umzusetzen und auch im Budget abzusichern. Für den außerordentlichen Haushalt ist dies gelungen, wir erkennen auch an, dass Herr Stadtrat Rüschi als Liegenschaftsreferent die Mittel für einen konkreten Grundstücksankauf budgetiert hat. Im ordentlichen Haushalt des Wohnungsamtes schaut es nicht so einfach aus, hier mussten wir ebenfalls Kürzungen hinnehmen. Es ist besonders wichtig, neuen Wohnraum zu schaffen, deshalb haben wir 2006 auch die Initiative Gemeindewohnungen auf Kasernengrund gestartet, die auch vom Grazer Gemeinderat einstimmig unterstützt wurde. In letzter Zeit ist es jedoch um dieses Vorhaben still geworden. Wir verlangen entschlossene Initiativen der Stadt Graz, um vor allem auf dem Areal der Hummel-Kaserne neben andere Bauten auch Gemeindewohnungen mit einer guten Infrastruktur errichten zu können.

Ein anderes Kapitel ist die schleichende Privatisierung. Die Vorgangsweise der Rathauskoalition im Zusammenhang mit den Stadtwerken hat uns alarmiert. Wir sehen, trotz aller gegenteiligen Versicherungen, die Gefahr einer schleichenden Privatisierung. Deshalb lehnen wir die Übertragung der Wirtschaftsbetriebe, der Müllabfuhr und des Kanals an die Stadtwerke entschieden ab. Wir haben im Jahr 2002 mit der Unterstützung tausender Grazerinnen und Grazer gegen den Teilverkauf des Energiebereiches der Stadtwerke gekämpft, der sich als schwerer Fehler und als existenzbedrohend für die Reststadtwerke herausgestellt hat. Und dieser Verkauf hat auch nach sich gezogen, dass die Stadt Graz heute einen Verkehrsdienstleistungsvertrag im Vorjahr abschließen musste, wobei der 51

Millionen jährlich verschlingt. Die im schwarz/grünen Koalitionspakt mehr oder weniger deutlich formulierte Absicht gegen den Verkauf von Teilbereichen der Stadtwerke zu sein, bezieht sich ausdrücklich auf die Daseinsvorsorge. Hier ist ein Verkauf nicht vorgesehen. Was ist aber mit den anderen Bereichen? Was ist mit der profitablen Tochterfirma Ankünder? Was ist mit den Liegenschaften und Immobilien der Stadtwerke, die vermarktet werden sollen? Hier sind viele Fragen offen, auf die wir eine klare Antwort wollen. Die KPÖ wird jedenfalls auch in Zukunft für unsere Stadtwerke eintreten. Sie gehören schließlich allen Grazerinnen und Grazern.

Weiteres orten wir nach wie vor ein demokratiepolitisches Defizit. Die jetzige Vizebürgermeisterin Rucker hat in der Budgetdebatte des Jahres 2006, ich muss sie noch einmal zitieren, von einem demokratiepolitischen Defizit gesprochen, weil wichtige Entscheidungen von ÖVP und SPÖ in die Aufsichtsräte von Stadtwerken und GBG ausgelagert worden sind. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Vielleicht nur noch die Stellungnahme des damaligen Grün-Gemeinderates Candussi in derselben Sitzung. Wortwörtlich: „Wir sparen uns die Auseinandersetzung mit andern Meinungen ganz einfach, indem wir wesentliche Geschäftsfelder der Stadt in Gesellschaften wie GBG, GPG, Handelsmarketing, Messe, Tourismus und ungefähr 20 weitere auslagern und damit dem Gemeinderat entziehen und indem wir nur Rot und Schwarz in den Aufsichtsräten der stadt eigenen Gesellschaften zulassen.“ Eine harsche Kritik. Heute brauchen wir nur den Begriff Rot durch Grün zu ersetzen und wir haben eine treffende Schilderung der jetzigen Situation (*Applaus KPÖ*).

Dieser interessante Wechsel der Perspektive verstellt uns nicht den Blick für die Tatsachen, dass die ÖVP und die hinter ihr stehenden gesellschaftlichen Kräfte jetzt bestimmen, wo es in Graz lang geht. Immobilienverwerter, Projektentwickler oder die Gastronomielobby haben heute einen noch direkteren Zugang zum Rathaus.

Für die KPÖ gilt seit 1998 aber etwas anderes. Seither haben Menschen, denen es nicht so gut geht, Leute, die rasche Hilfe brauchen, Tag für Tag einen direkten Zugang zum Stadtratsbüro. Wir ändern nämlich unsere Haltung nach einer Wahl nicht. Wir drehen unsere Fahnen nicht nach dem Wind, uns sind unsere Grundsätze wichtiger als Posten und Privilegien. Mit der KPÖ sind weder Sozialabbau noch die Auslagerung und der Verkauf von öffentlichem Eigentum zu machen. Darauf können sich die Grazerinnen und Grazer verlassen.

Wir stehen auch für Privilegienabbau und Einsparungen bei der Politik auf allen Ebenen. Deshalb treten wir nach wie vor für die Reduzierung des Stadtsenates von neun auf sieben Mitgliedern ein. Allein das hätte, seitdem Ernest Kaltenegger erstmals im Jahr 1998 diesen Vorschlag gemacht hatte der Stadt Millionen gespart. Trotz vieler populistischer Medienauftritte mehrerer Parteien mit dieser Forderung in den vergangenen fünf Jahren will man heute nichts mehr davon wissen. Wer kürzt und einspart, muss mit gutem Vorbild vorangehen.

Unser Abstimmungsverhalten entspricht diesen Grundsätzen. Wir lehnen den Voranschlag, mit Ausnahme der Ansätze, für welche Stadträtin Kahr als politische Referentin zuständig ist, ab.

Zum Abschluss möchte ich noch sagen, unsere Anerkennung gilt der angestregten und oft mühsamen Arbeit der Beschäftigten in den einzelnen Abteilungen, vor allem in der Finanzabteilung für die Ausarbeitung und Erstellung dieses Budget. Vielen Dank (*Applaus KPÖ*).

## FPÖ

### **Gemeinderat Mag. Gerhard M A R I A C H E R**

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Eingangs möchte ich auf eine Bemerkung von der Kollegin Ennemoser eingehen, die im Sinne von Multikulturalität gemeint hat, dass dieser kosmopolitische Geist sozusagen uns erleuchten soll, Pfingsten ist ja vorbei, ich stelle dem den österreichischen Geist gegenüber und zwar den freiheitlichen Geist. Ich glaube, das ist ein guter Anfang. Zweite Replik zum Kollegen Wohlfahrt von den Grünen, der mehr oder minder uns erklärt hat, so habe ich es verstanden, dass das Schuldenmachen mehr oder minder Inbegriff der grünen Politik ist, das zu Lasten der Kinder und Kindeskindern geht. Das ist sehr bemerkenswert, das habe ich also mitgenommen. Dieser Tatsache möchte ich mich also besonders widmen, weil ich glaube das ist meine Auffassung, dass jeder von uns bemüht sein sollte, wirklich gewissenhaft mit Budgetmitteln umzugehen, das ist alles Geld, das uns nicht ad personam gehört und auf alle Unsinnigkeiten und Klientelgeschenke zu verzichten.

Mir würde, Herr Stadtrat Rüschi, nach einiger Zeit oder nach einer Periode oder nach mehreren Jahren alleine der Status genügen, es ist gravierend besser geworden, das alleine wäre für mich schon Erfolg. Denn das alles bestens wird aus der Situation, wo wir heute heraus starten, ist kaum zu schaffen.

Man merkt aber auch, dass durch verklärte Blicke die Hoffnungen sehr beschränkt sind, denn für allfällige Klientelzuwendungen werden auch gute Absichten locker einmal über Bord geworfen, oder auf gut steirisch sozusagen, schwimmt es die Mur hinunter. Als Betriebswirt kenne ich mich natürlich, sage ich einmal, in kaufmännischen Zahlenwerken ein wenig aus, gebe aber offen zu, dass ich erst aufgrund der Kürze der Gemeinderatstätigkeit nicht noch alle Tiefen und Seichten und möglicherweise auch trüben Stellen des Budgets wirklich kenne. Da sind mir sicher einige Kollegen durchaus voraus. Finanzpolitik heißt für mich sicherlich keineswegs Entschuldigungsreden schwarz/grüne Entschuldigungsreden zu halten. Finanzpolitik heißt auch nicht darüber möglicherweise nachzudenken in der Verwaltung, ob das wir Kopierpapier vor- und rückseitig sozusagen bedrucken

sollten, Finanzpolitik heißt für mich in erster Linie einmal darüber nachzudenken über die politischen Zielsetzungen, über die sozialen Zielsetzung und vor allem über die entsprechende Prioritätenreihung (*Applaus FPÖ*).

Die Prämisse sollte also auch für uns alle sein, dass wir im Bereich der kaufmännischen Gebarung bemüht sein sollten, sozusagen das Vermögen der Grazerin und Grazer zu mehren beziehungsweise zu erhalten. Wir sollten keinesfalls, und das ist auch sozusagen für mich ein K.o.-Kriterium, unseren Nachfolgern, weil wir haben unser Mandat sozusagen vom Wähler nur für eine Periode geborgt erhalten, nicht Schlechteres hinterlassen als wir selber übernommen haben. Alles andere erscheint mir als gravierend asozial und verantwortungslos. Die Schulden der Stadt Graz, Sie haben es gehört, belaufen sich bereits über eine Milliarde Euro, das sind in alter Währung, wer es sich in Erinnerung ruft, 14 Milliarden Schilling. Pro Kopf, vom Neugeborenen bis zum alten Menschen, bedeutet das eine Pro-Kopf-Verschuldung von 4.000 Euro. Was mir besonders beim Budget ungut auffällt, ist die verheerende Zunahme der Neuverschuldungen, der keine adäquate Werthaltigkeit gegenübersteht. Wenn man medizinisch gesprochen eine Anamnese durchführt, bedeutet das, dass das Grazer Budget pathologisch unter chronischer Blutleere leidet, die bekanntlich zum Tode führen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Ausmaß bereits am erreichten Verschuldungsgrad von einer Milliarde Euro ist für meine Begriffe asozial. Sie meinen sicher, asozial sei das falsche Wort, weil ja doch diese Beträge, die sozusagen ausgegeben werden, irgendwo zum Teil auch wieder zurückkommen. Ich sage Ihnen, es ist unfair, es ist unlauter, den Bürgern Geld aus der rechten Tasche herauszuziehen und teilweise in die linke Tasche wieder zurückzuführen, weil der Restanteil einfach mit Zinseszinsen und Spesen von den Kindern und Kindeskindern zu begleichen sein wird.

Die Rückschau ergibt, dass in den vergangenen Jahren, und da beziehe ich mich gar nicht nur auf die letzte Periode, Projekte und Maßnahmen initiiert, ins Leben gerufen worden sind, die in der Nachbetrachtung auf jeden Fall als unfinanzierbar oder nicht finanzierbar dargestellt werden müssen, steirisch gesprochen: Es wurde bestellt, es wurde reichlich aufgetischt und gegessen frei nach dem Motto: Die Enkelkinder werden's schon berappen.

Ich möchte da gar nicht als Beispiele aus dem Kulturbereich anführen, wie es seinerzeit auch das Kunsthaus immer sehr gut hergegeben hat, ich möchte mich da auf einen anderen Bereich beziehen, auf den langen 6er. Die Mitwirkung der SPÖ bei der Realisierung des langen 6er kann man sicherlich nicht ganz vergessen. Dennoch war es für mich, gerade dieses Projekt, eigentlich obwohl es die andere Koalition noch gemacht hat, bereits das erste schwarz/grüne Projekt. Es war sozusagen eine Morgengabe an die schwarz/grüne Koalition, die wir jetzt haben, unter den Augen des Walter Ferk abgeschlossen (*Applaus FPÖ*). Die ersten signifikanten Zahlen, anscheinend haben zwei Abgeordnete der Grünen die jüngsten Ausgaben nicht gelesen, zeigt ganz eindeutig auf, dass die Erwartungen, die man an diese Linie gesetzt hat, in keiner Weise erfüllt werden konnten. Was bleibt, ist eine wirtschaftliche Defizitstrecke, eine sogenannte Öffi-Net-Strecke, was bleibt, sind viel Lärm für die belasteten Anrainer, was bleibt, sind Straßenbahnen, die vor der Nase beim Fenster vorbeirauschen und quietschen, was bleibt ist der lange 6er, ist ein schwarz/grüner Flop (*Applaus FPÖ*). Nun kann man natürlich die Frage stellen, was hat eigentlich sozusagen die Politik bewogen, dass man überhaupt diesen langen 6er so realisiert, so baut? Die erste Analyse ist, die Fahrgäste können es nicht gewesen sein, weil die bleiben aus, das ist schon einmal auszuschließen. Ein Großsponsor ist auch nicht aufgetreten, der sozusagen die Errichtung finanziert hätte als Gabe an die Stadt Graz, die dritte Variante, dass Beamte möglicherweise falsche Entscheidungsgrundlagen geliefert hätten, schließe ich auch einmal aus. Die Beamten sind durchaus fähig, ich habe sie noch nie als unfähig gesehen. Manchmal sind sie vielleicht den Mächtigen gegenüber etwas zu willfährig, aber das kann sich ja auch bessern. Die letzte Variante ist, möglicherweise wohnt in St. Peter ein sogenannter Promi, ein Mister oder Frau Wichtig, das könnte der Fall sein, dass jemand dort vor seinem Garten direkt in die Straßenbahn einsteigen wollte. Ähnliche historische Beispiele hat es ja gegeben, ich denke daran, dass Josef Stalin ja eine eigene U-Bahn-Haltestelle in Moskau gehabt hat, also so neu wäre das auch geschichtlich nicht.

Fakt ist und Fazit, dass dieses Projekt auf dem Rücken der Bevölkerung im Bezirk durchgeführt worden ist, Fakt ist, dass dieses Projekt auch auf der Gemeinschaft aller Grazer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler umgesetzt worden ist. Und andere Projekte auf der anderen Seite, dort wo es wirklich sinnhaft gewesen wäre, wo es gescheit gewesen wäre, wie etwa den Grazer Südgürtel zu bauen, dort hat man

jahrzehntelang nichts unternommen. Was herrscht und was sichtbar ist, ist eine Hinter-mir-die-Sintflut-Mentalität, sie ist verantwortungslos, sie ist nicht sozial, es gibt aus meiner Sicht, und da sind wir in diametralem Gegensatz zu den Grünen, nichts Asozialeres als Schulden zu machen, auf Schulden von fremden Schultern.

Die aktuelle Situation zu den Budgetzahlen haben Sie vernommen. Wir haben geplante weitere Immobilienverkäufe, sozusagen den Restbestand des seinerzeitigen Besitzes der Stadt Graz. Man spürt direkt bei den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat den Phantomschmerz, weil viele glauben, das Rathaus zum Beispiel gehört eigentlich der Stadt Graz noch, es ist längst weg. Wir haben eine horrende Nettoverschuldung und wir haben weitere 20 Millionen Euro, die von den Grazer Stadtwerken in die Kasse der Stadt Graz fließen sollen. Dieser historische negative Höchststand, den wir da zu diagnostizieren haben, zeigt, Schwarz/Grün bringt uns mit diesem Budget bringt die Stadt Graz immer mehr in Not. Herr Finanzstadtrat Rüscher, ich sehe, dass Ihnen außer festlichen Veräußerungen von Liegenschaften dem Anschein nach nur das Lukrieren stiller Reserven, aus dem bisherigen Besitz der Grazer Stadtwerke eingefallen ist. Und den Kollegen von der ÖVP insgesamt möchte ich sagen, Sie, die Grazer ÖVP, haben auch hier von den aktuellen Vorgängen im Land, etwa bei der KAGES, nichts, rein gar nichts gelernt.

***Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher: Das ist nicht unser Projekt, das ist ein Landesprojekt.***

Mag. **Mariacher**: So hat ÖVP-Landesrat Buchmann den Anschein erweckt, dass man Spitäler gut führen konnte, indem man ihnen einen Schuldenberg aufbürdet, die dort im Unternehmen gebildete Rücklagen sozusagen entzieht und als vorläufig letzten Schluss der Tragödie sogenannte Sale-and-lease-back-Geschäfte einführt, um damit das Familiensilber zu veräußern. Die anstehenden Steuerlasten, die bei der Grundstückstransferierung entstehen, wurden gar nicht einmal so stark berücksichtigt. Herr Finanzstadtrat Rüscher geht auch diesen Weg, indem er lukrative

im städtischen Besitz befindliche Unternehmen regelrecht aushungert, aus unserer Analyse heraus.

Werte Damen und Herren der regierenden Koalition, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat! Sie sind mit diesem eingeschlagenen Weg auf dem Holzweg. Das ist ein unbeleuchteter Hohlweg, aus dem Sie so leicht nicht herauskommen werden (*Applaus FPÖ*). So ist zum Beispiels zu bemerken, dass ein Großteil der Dividendenzahlung nicht aus der Fortführung der bisherigen Geschäfte, also aus dem operativen Cashflow heraus entsteht, sondern eine Eigenentnahme de facto der Stadt Graz als Eigentümer ist. Das ist kein nachhaltiger vernünftiger und verantwortungsvoller Weg dem Unternehmen gegenüber, das bedeutet nicht Sicherheit, das bedeutet nicht Vorsorge, das bedeutet nicht Wahrnehmung von Immobilienrücklagen zum Schutz vor Krisen für das Unternehmen, das bedeutet auch mittelfristig mögliche Unsicherheit für die dort bestehenden Arbeitsplätze. Die schwarz/grüne Koalition ist also bereit, sehr vieles aufs Spiel zu setzen. Das ist für mich eine höchst asoziale Ausrichtung. Anscheinend hat auch die ÖVP vergessen, dass der Gewinn, ihr versteht euch ja an sich immer so stark als Wirtschaftspartei, erst durch Arbeit und Einsatz von Gehirnschmalz, kräftigem Zupacken und auch Schweiß überhaupt erwirtschaftet werden muss.

Stattdessen verkauft ihr sozusagen oder teilt ihr bereits den Kuchen auf, der noch nicht gebacken ist (*Applaus FPÖ*). Die Rahmenbedingungen sind eigentlich heute noch sehr wenig beleuchtet worden. Wenn man sich die Prognose anschaut für den Wirtschaftsstandort Österreich in der zweiten Jahreshälfte, so wird man in Erfahrung bringen, dass die Situation sich verschlechtert, eintrübt, dass in Folge der Immobilienkrise in Amerika, die auf den gesamten Banken- und Kreditapparat weltweit übergegriffen hat, auch Rezessionsängste im Vordergrund stehen, die eine wirtschaftliche Abschwächung aufzeigen. Das heißt, es wäre aus meiner Sicht notwendig und erforderlich gewesen, das Budget so zu erstellen, dass es der Gebarung eines guten Kaufmannes entspricht und entsprechend vorsichtiger auch die Einnahmen zu kalkulieren. Schwarz/Grün agiert also wirtschaftlich so, man stelle sich das vor, als ob man die Gardinen zuzieht, wenn sich dunkle Wolken bilden und man der Familie einfach verkündet, „verklickert“ unter Anführungszeichen, schaut gefälligst nicht aus dem Fenster, denn draußen könnte es regnen oder gar blitzen

(*Applaus FPÖ*). Die schwarze Politik bedeutet im Wesentlichen Verschulden und Veräußern, die Grünen geben, haben was dazugelernt, heilig ihren Sanktus dazu, weil es ist ja nachhaltig und das Nachhaltige äußert sich darin, dass man auch der Meinung ist, Nachhaltigkeit das ist nämlich das Verderben, das der Schaden, den man anrichtet, etwas Ökologisches ist. Das wird den Grünen schon für ihre Zustimmung reichen. Schwarz/Grün steht also durchaus für Planlosigkeit und Verantwortungslosigkeit.

Lassen Sie mich dazu noch etwas ausführen. Was fehlt, und die Frage stelle ich, wo ist das politische Controlling, nicht das betriebswirtschaftliche Controlling, das wir natürlich haben im Magistrat, wo ist das politische Steuerungsinstrumentarium, das aufzeigt, in welchem Ausmaß die Stadt Graz ihre gesetzten Ziele erreicht, wo sind die Kernaufgaben definiert der Stadt, welche strategischen Ziele müssen erreicht werden, durch welche Maßnahmen werden sie verfolgt und somit ihr Erreichen angestrebt? Ich weiß, das ist ein kleiner Passus des Budgets, aber ich will dennoch die Subventionsliste kurz ansprechen. Denn Kleinvieh macht auch Mist, vielleicht sollte man sich das auch ein bisschen in Erinnerung rufen. Da sind sicher viele nützliche Initiativen bedacht, aber auch Bereiche, aus denen sich die Stadt ohne Weiteres auch zurückziehen könnte und man andere Schwerpunkte setzen könnte. Es ist auch bemerkenswert, dass die Subventionen ständig steigen von Jahr zu Jahr, andererseits aber Magistratsabteilungen mit einer jährlichen Kürzung in den letzten Jahren konfrontiert wurden und zu verkraften hatten.

Vor diesem Hintergrund ist es daher für mich unverständlich, dass Leistungen zum Dienste der Bürger, etwa die an sich schon angedachte, geplante Unterführung der Josef-Huber-Gasse jetzt einen Prestigeprojekt, und da sind durchaus Prestige-Projekte dabei für Schwarz/Grün zum Opfer fallen soll, das ist dem Bürger nicht erklärbar (*Applaus FPÖ*). Dieser von Schwarz/Grün gekappte Verkehrsweg stellt eine logistische Versorgungsbrücke da zwischen dem Grazer Zentrum und dem Grazer Westen, sie hat natürlich auch große Bedeutung für die Reininghausgründe, für die ja ein entsprechendes Konzept der Umsetzung läuft und dort auch Menschen, sehr, sehr viele Menschen wohnen werden. Es wäre aus meiner Sicht auf Grund der budgetären Zwänge verantwortungsvoller und ein absolut sozialer Zugang, würde man zuerst einmal nur das budgetieren, das sozusagen gesetzlich determiniert ist, wo es gesetzliche Verbindlichkeiten gibt oder wo unmittelbare Not sozusagen

herrscht und man sie lindern oder ausschalten möchte und dann erst darüber zu diskutieren in Vorwegnahme, in vorsichtiger Vorwegnahme der Zukunft, was man sich gegebenenfalls noch leisten kann. Aber einfach ein Kuddelmuddel an Begehrlichkeiten aufzutischen, die Zukunft sozusagen schon weitestgehend vorwegnehmen und vergeigen, ist gelinde gesagt asozial.

Sie haben es gehört, die Integrationsförderungen sind wesentlicher Teil des schwarz/grünen Paktes und damit auch des Budgets. Ich frage mich dazu, wer wird in was integriert, auf welches Niveau soll ein Teil angehoben werden, wer beurteilt, nach welchen Maßstäben, ob die geplanten und begonnenen Integrationsmaßnahmen wirklich greifen und zuerst natürlich, wer ist überhaupt fähig und bereit, integriert zu werden? (*Applaus FPÖ*).

Viele dieser Fragen sind von den Grundlagen her ungeklärt, auch bundespolitisch von der Regierung. Was ergibt sich daraus in der Zukunft, was kann man jetzt schon ablesen? Die Belastung in den bereits zahlreichen schwer und sozial kulturell benachteiligten Grazer Bezirken wird durch Schwarz/Grün noch zunehmen. Auch in den noch begünstigten Grazer Heimatbezirken am Stadtrand wird sukzessive versucht werden, unseren Bürgerinnen und Bürgern ihre österreichische Identität, ihre Grazer Identität zu rauben (*Applaus FPÖ*).

Nun ja, Schwarz/Grün, wie man sieht, setzt Prioritäten, wir sagen, es sind oftmals die falschen.

Freiheitliche blaue Impulse bestehen darin, dass man einerseits das Sparen nicht als neoliberal brandmarkt, man wird ohne das nicht auskommen, das heißt, man muss sich überlegen, was will man an Prioritäten setzen und weglassen manches, auch wenn es schmerzt. Frei nach Maslow mit seiner Bedürfnispyramide von unten nach oben sozusagen die Begehrlichkeiten auffüllen und dann aufhören, wenn das Geldbörsel bereits ausgeleert ist.

Um die Liquidität des Budgets zu verbessern, schlagen wir die Ausgabe einer Grazer Bürger-Anleihe vor. Mit dieser Anleihe sollen vorrangig Grazerinnen und Grazer bedacht werden oder bedient werden, die zuminderst zehn Jahre in Graz gemeldet wohnhaft sind, um damit zu erreichen, die Bande, das Zusammengehörigkeitsgebühr und das Interesse an der Entwicklung der Heimatstadt Graz zu stärken. Die Verzinsung für die Bürgerinnen und Bürger soll nicht schlechter sein, als was man

den Banken und Kreditinstituten anbietet. Die Grazer Bürgeraktie ist ein wichtiger positiver Impuls für unser Gemeinwesen und für unsere Zukunft in Graz.

Auch die Ausgabe von Graz-Aktien, etwa für die Grazer Stadtwerke AG, in der Form von Namensaktien für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz soll vorrangig Grazerinnen und Grazern, die zumindest 20 Jahre in Graz leben, angeboten werden, wobei der Anteil des Kapitals am Unternehmen 0,01 Prozent nicht übersteigen darf, um möglichst vielen Grazerinnen und Grazern die Möglichkeit zu geben, an ihrem Stück Graz sozusagen auch kapitalmäßige Anteil zu haben. Das wäre eine sinnvolle und für alle Seiten gute Sache, es würde in einem Unternehmen auch das Eigenkapital stärken, es würde dem Unternehmen frisches Geld bringen und die Bürger-Aktionäre würden Beteiligte werden am Zugewinn ihrer Graz-AG, wie es jetzt heißen soll (*Applaus FPÖ*). In diesem Zusammenhang muss man natürlich fragen, wem gehört überhaupt die Stadt Graz, gehört es den Grazer Bürgerinnen und Bürgern, gehört es dem Grazer Magistrat, der sich verselbständigt hat und wie ein Kinderballon sozusagen über uns schwebt und eher nur mehr das Gewicht der Schnur sozusagen diesen Ballon am Boden hält? Ich sage, Graz soll den Grazerinnen und Grazern gehören, um das ganz klar auszudrücken (*Applaus FPÖ*).

Ich habe kurz überlegt, ob ich zu den Parteisubventionen etwas sagen soll. Die Grünen haben mich ermuntert, doch noch ein Wort dazu zu verlieren. Ich sage Ihnen, wer glaubt grundsätzlich, das bezieht sich auf die Politik aber auch auf andere Lebensbereiche auch, wer glaubt, die Wahrheit mit dem Löffel gefressen zu haben, der irrt. Das gilt aber im besonderen Maße für die Politik und auch ein wesentlicher Grundsatz Minderheitenrechte, wurscht wer die Minderheit ist, sind zu schützen. Und auf dieser Erkenntnis, die durchaus auf der Tradition der Aufklärung und der bürgerlichen Revolution von 1848/49 fußt, in den für uns sehr wichtigen bürgerlichen Freiheitsrechten erstritten wurden, sage ich Ihnen, sämtliche Formen der Zensur, der Einschränkung der Gedankenfreiheit betrachte ich dem Grundsatz nach als unsittlich, auch wenn sie mit der Waffe der Ungleichbehandlung bei der Vergabe von Subventionen betrieben wird.

Denn das wäre sowohl gegen unser aller Verständnis von Menschenwürde, Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung, da sind wir uns, denke ich, einig, das auch demokratiepolitisch absolut provokant (*Applaus FPÖ*).

Sehr geehrte Damen und Herren, die Freiheitlichen reichen allen politischen Mitbewerbern in allen politischen Lagern die Hand zu Gesprächen, wenn es darum geht, gemeinsame Lösungswege für die Budgetsackgasse zu finden. Sie sehen, die Freiheitlichen schlagen keine Tür zur Beratung zu bei dieser existentiellen Frage für unsere Heimatstadt Graz.

Das Wort Budgetmisere wäre allerdings richtiger gewesen und ich prophezeie Ihnen, wenn Schwarz/Grün so weitermacht, wird es nicht eine Misere, dann wird das in ein Desaster ausarten, in das uns diese regierende Koalition hineintreibt.

Ein Schmankerl sei mir noch gestattet. Wie ich lese, hat die Stadt Graz von IBM die marktführende Lösung für Budgetierung, Budgetverwaltung und Berichterstattung von COGNOS beschafft. Das ist eine Software, ein Programm, es verwundert zwar, dass dies erst jetzt im Angesicht des anstehenden Finanzdesasters gemacht wird, aber ich habe zu diesem Programm zwei Wünsche. Könnte man nicht die zumindest ad hoc unverrückbaren Ausgaben der Stadt Graz nicht klar im Budget abtrennen und sichtbar markieren? Und sodann auch als weitere über die Einnahmen hinausgehend auch die Verschuldensquelle markieren, das wäre doch, glaube ich, sehr sinnvoll. Denn es sollte doch ganz klar auch herauskommen, wer nicht nur verschuldet, sondern wer auch bei diversen Anträgen tarnt und täuscht.

Dem vorliegenden Budgetvoranschlag 2008 können wir auf Grund der Analyse, auf Grund der Diagnose, die einfach ergibt, dass Schwarz/Grün auf zu großem Fuß budgetär leben möchte und eine weitere Überschuldung leichtfertig in Kauf nimmt, die noch unsere Kinder und Kindeskinde zu tragen haben werden und wir per se als asozial ansehen, insgesamt keine Zustimmung erteilen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Herr Gemeinderat Mariacher, ich erlaube mir eine direkte Anmerkung und möchte einfach nur einen Generalvorwurf zurückweisen, den Sie in Ihrer Rede verwendet haben, nämlich die Willfährigkeit der Beamten und Beamtinnen, das möchte ich hier zurückweisen als pauschalisierten Vorwurf, das ist in diesem Sinne ein Vorwurf, den ich so nicht stehen lassen kann.

## **B Z Ö**

### **Gemeinderat Gerald G R O S Z**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrter Herr Finanzreferent Ungustl!

Ein guter Tag beginnt mit einem sanierten Budget, hat ein anerkannter Finanzminister, der zumindest mehreren Parteien dieses Gemeinderates bereits angehört hat, bei seiner ersten Budgetdebatte im österreichischen Nationalrat der interessierten Öffentlichkeit kundgetan. Daher stelle ich jetzt die Gegenfrage, wie würde man einen Tag beurteilen, an dem uns der Finanzreferent Ungustl, vulgo Rüschi, erklärt, dass Graz de facto pleite ist. Wie würde man einen solchen Dienstag bezeichnen? In der Anleihe des sogenannten kohlrabenschwarzen Freitages würde ich sagen wir begehen heute den kohlrabenschwarzen Dienstag für Graz, einen schlechten Tag für Graz, einen schlechten Tag für Graz, der uns auch in Zukunft die nächsten Jahre, wie auch Finanzstadtrat Rüschi gesagt hat, bis ins Jahr 2030, begleiten wird. Ein kohlrabenschwarzer Tag gekennzeichnet von Schulden, von einer verantwortungslosen Politik, von einer Politik, die auch künftigen Generationen die Möglichkeit nimmt, am Gemeinwohl und an solidarischen Finanzquellen der Stadt zu partizipieren. Den einzigen Vorteil, den der heutige Tagesordnungspunkt hat, und das seit der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates ist das ausnahmsweise ein Tagesordnungspunkt, den Sie nicht einfärbeln können von rot auf schwarz, weil dann das wäre nämlich Bilanzfälschung, wenn Sie die immensen roten Zahlen, die sie hier in die Zukunft führen auch noch vielleicht, wie sonst alles andere auch in dieser Stadt schwarz einfärben wollen. Eigentlich wollten wir heute entgegen aller Usancen einen Antrag einbringen im Gemeinderat, wir haben darauf verzichtet, weil es der Tradition entspricht, dass man bei der Budgetdebatte es offensichtlich nicht tut, einen Antrag einbringen, um auch offenkundig den Zustand der Stadt Graz und den finanziellen Zustand der Stadt Graz auch zu symbolisieren, wir wollten einen Antrag einbringen, dass das Statut der Stadt Graz wie folgt geändert ist, dass das Grazer Wappen, der gekrönte Panther, auch in Zukunft der Finanzsituation der Stadt entspricht und einem steirischen gerupften und ausgekochten Suppenhuhn in Zukunft angeglichen wird, denn das ist offensichtlich das Wappentier der Grazerinnen und Grazer, das gerupfte

ausgekochte Sulmtaler Hendl, das kein Fleisch mehr hat und nichts mehr hergibt, das ist auch offensichtlich das Kennzeichen Ihrer Finanzpolitik in der Zukunft. Denn selbst, Sie haben es ja selbst geschafft, die Krone auf dem Panther noch zu verscherbeln. Sie haben es geschafft, alles, was in dieser Stadt nicht niet- und nagelfest ist, in den vergangenen Jahren zu verkaufen. Das Familiensilber ins Dorotheum zu tragen und eigentlich so zu haushalten, wie es nicht einmal der schlimmste Privatkonkurs in diesem Land machen würde. Was bedeutet das Budget für Graz? Das Budget bedeutet, wie es mein grüner Vorredner Wohlfahrt gesagt hat, ein Defizit Er ist offensichtlich sehr defizitverliebt und ein großer Anteil seiner Rede beschäftigte sich mit dem Defizit; im Gegensatz zu ihm, bin ich lieber einer der am Ende des Tages ein fettes Plus gerne in der Kasse hätte und kein Minus, aber offensichtlich ist er in die Schuldenpolitik der Stadt verliebt, ansonsten würde er es nicht mit Zähnen und Klauen verteidigen und auch in Zukunft gemeinsam mit der ÖVP weiterführen.

Kollege Mariacher hat in seiner äußerst dynamischen Rede, die mich auch dazu veranlasst hat, den Mittagsschlaf vorzuziehen, etwas Richtiges gesagt, die Stadt Graz hat die magische Grenze der Milliarden-Euro-Schuldengrenze überschritten. Wie im Wahlkampf oft diskutiert, und ich kann mich erinnern mit dem Herrn Gemeinderat Hohensinner, aber mit anderen Gemeinderäten, die gesagt haben, nein es ist so toll alles in Graz, wir haben keine Schulden und von der einen Milliarde sind wir weit entfernt, wir werden konsolidieren, es ist alles so toll. Der Herr Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg, nein, alles kein Problem, bei einer Schülerdiskussion der Herr Stadtrat Miedl, nein, wir schwimmen ja de facto im Geld, in Graz ist alles nicht so schlimm, ich soll nicht die Cassandra spielen und das Budget schlechtreden, und vorige Woche schlagen wir die Zeitung auf, Bum hat es gemacht, der Knall, die Defizitgrenze überschritten, ein Milliarde Euro. Offensichtlich finden Sie das auch sehr witzig, das ist eigentlich eine lustige Geschichte, ein wenig Schulden machen, ein wenig Hütchen spielen, ein wenig Leute aussackeln, ein wenig Pleite machen, ein wenig Betriebe an die Wand fahren, ein wenig die Menschen in dieser Stadt schikanieren, ist ja eigentlich alles lustig. Das ist ja lässig, ein wenig in der Zeitung lesen über die letzten Konkurse in Österreich, welche Firmen und Private in diesem Land in Konkurs gegangen sind oder zumindest wegen betrügerischer Krida auch vor Grazer Gerichten gestanden sind, das sind ja alles lässige Leute. Mittlerweile ist Leute in die Armut zu treiben, Geld beim Fenster hinauszuerwerfen, sich schäbiger zu

verhalten als jeder andere, das ist ja eigentlich eine tolle Politik. Die Trendumkehr, die hier in dieser Stadt offensichtlich stattfindet, dass man nicht eine Politik macht, die darauf abzielt, dass wir gute Budgets, das wir leistbare Budgets beschließen, dass wir Budgets beschließen, wo wir auch den Menschen dieser Stadt wieder das Gefühl geben, dass wir das Geld für sie einsetzen, nein, das wäre eine schlechte Finanzpolitik offensichtlich. Die tolle Finanzpolitik ist, das Geld hinauszuerwerfen, wo es nur geht, Schulden zu machen, Hypotheken aufzunehmen, alles zu verschelbeln und nicht nur die künftige Generation, nein, wenn wir heute gehört haben, 2030, sondern die nächsten zwei, drei Generationen zu verschulden und ihnen keinen Spielraum für eine ordentliche Politik zu geben, nämlich genau diesen Spielraum, den die eine Stadt braucht.

Wissen Sie, wie hoch ein neugeborenes Baby, das vielleicht heute auf der Geburtenstation des LKH auf die Welt kommt, verschuldet ist? Ein Grazer Baby, bevor es noch seinen ersten Schrei nach der Geburt macht, hat es von dieser Finanzpolitik des Herrn Stadtrat Ungustl und seiner Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, wie dem Herrn Bürgermeister, den die Budgetdebatte überhaupt nicht mehr interessiert offensichtlich, der ist abgetaucht, ich erwähne schon die einzelnen Stadtsenatsmitglieder, Frau Stadträtin Kahr, keine Angst, ich beziehe Sie nicht ein. Ich beziehe Sie auch nicht ein, tun Sie ein bisschen abwarten, schadet nicht. Einen Bürgermeister, den die Budgetpolitik null interessiert und eine Vizebürgermeisterin, die offensichtlich zu allem ja und amen sagt. Eine Budgetpolitik, die bevor das Baby noch das erste Mal schreit, das Kleinkind, das Baby, das Neugeborene gleich einmal mit saftigen 4.032 Euro verschuldet. 4.032 Euro ist der Schuldenstand der Stadt Graz, aufgeteilt auf die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Bevor er noch einen Plärrer macht, steht er de facto schon vor dem Privatkonkurs, das kann doch keine Politik sein. Künftige Generationen in den Ruin und in die Armut zu treiben und für jene, die vielleicht sich durch den Euro-Wahn der letzten Jahre ein wenig ablenken haben lassen, dass 4.000 Euro eh keine Summe ist, dass das so Art ein paar Cent sind, die einem aus der Tasche fallen, nein umgerechnet, ich habe es auch für Sie, für jene, die es offensichtlich nicht mehr wissen und dem Eurowahn verfallen sind, ich habe es für Sie umgerechnet, es sind 55.481 Schilling. Mehr als 55.000 Schilling, mit dem verschulden Sie jede Grazerin und jeden Grazer mit Ihrer Politik. Und Stadtrat Rüschi sagte heute, und ich habe ihm schon zugehört, Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Wenn das Politik ist, wenn

dieses Budget tatsächlich Politik ist, wenn dieses Budget tatsächlich bedeutet, wie wir in Zukunft die Rahmenbedingungen der zweitgrößten Stadt Österreichs regeln, dann sage ich gute Nacht, dann lege ich mein Gemeinderatsmandat zurück und will mit vielen in diesem Saal in Zukunft nie mehr etwas zu tun haben.

***Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Eine tolle Nachricht***

GR. **Grosz:** Für das Protokoll, mehrere Fraktionen haben erstmalig, ist auch eine tolle Erfahrung, der Rede des BZÖ-Gemeinderates heftigst, um nicht zu sagen, frenetisch enthusiastisch applaudiert, ich danke dafür. Die Politik, die Sie machen und die Politik, die Sie uns heute auch auf Ihren Flipcharts und grafisch uns auch präsentiert haben, die Politik ist nichts anderes als eine Finanzpolitik des Vertuschens. Eine Politik des Sandstreuens in die Augen der Menschen in dieser Stadt. Eine Politik der Wegelagererei, des Mundraubes und des Raubrittertums, das offensichtlich die letzten Jahre in diesem Gemeinderat Einzug gehalten hat und das auch in Zukunft tun wird. Eine Politik und ich habe mir diese graphische Darstellung sehr genau angesehen, eine Politik, die im Jahr 2004 und 2005 das Defizit in die Luft gehen hat lassen, auch plastisch dargestellt hat, wie diese Stadt beinander ist, aber dann im Wahljahr 2007 ist das Defizit zurückgeschrumpft. Ein wenig Budgetkosmetik, ein wenig Auslagern, ein wenig verräumen, wegräumen, aufräumen, unterräumen, weg, 2007.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Eine bessere Politik.***

GR. **Grosz:** Stadtrat Riedler behauptet, es wäre eine bessere Politik. Ich wage es zu bezweifeln, er war ein fantasievollerer Finanzreferent, der gewusst hat, im Gegensatz zum jetzigen Finanzreferenten, wo man die Schulden wegpackt, damit man sie ja

nicht plastisch darstellen kann, gratuliere Ihnen, Herr Finanzstadtrat, Sie haben es wenigsten beim Vertuschen besser gemacht. Diese Regierung ist nicht einmal mehr zu dem fähig. Im Jahr 2007 geht...

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 12.50 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Grosz:** Der Bürgermeister kümmert sich wieder um das Budget sehr lobenswert. Ein Defizit das im Jahr 2007 zurückgedrosselt wird, damit man ja nicht die im Wahlkampf befindlichen Parteien daran erinnern möge, welche Verantwortung sie eigentlich hätten, nicht nur in Wahlkampfzeiten sondern auch darüber hinaus, die Finanzpolitik der Stadt ehrlich und verantwortlich zu diskutieren. Da wurde das Budget, da wurde das Defizit verräumt und heureka siehe da, wir schreiben das Jahr 2008, vier Monate nach der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates und der Vorschlaghammer des Defizits schlägt wieder beinhart zu. Finanzstadtrat Ungustl, vulgo Ungustl, und das ist nicht eine Erfindung von mir, bevor der Bürgermeister wieder über Ordnungs- und sonstige Rufe nachdenkt, sondern dieses wertvolle Copyright überlasse ich Herrn Stadtrat, vulgo Ungustl, Rüschi doch selbst, denn die Eigendefinition trifft es eigentlich ohnedies auf den Punkt.

2008 heißt wieder die Budgetkeule schlägt zu, 2008 bedeutet wieder Kostenwahrheit, 2008 bedeutet das schwarze Jahr, an dem die Stadt Graz den magischen Schuldenstand überschritten hat. Gemeinderat Hohensinner kommt mittlerweile zur Verteidigung seines gepeinigten Stadtrates mit Budgetzahlen des Landes Kärntens aus dem Jahr 2002. Vergisst und verwechselt, weil er mir das auch im Wahlkampf schon öfter vorgehalten hat in der Einfältigkeit, vergisst und verwechselt aber, dass gerade hier es nicht um die Verschuldung auf Grund der Budgetverschuldung eines Landes geht, sondern darum, um die Haushaltsverschuldung durch welche Umstände auch immer, hohe Arbeitslosigkeit etc. Und gerade das BZÖ weiß, was es bedeutet, ein Land zu übernehmen, das einmal Schlusslicht war, das von Rot und Schwarz, von Ambrosi, von Wagner, von Zernatto abgewirtschaftet worden ist, auch finanziell abgewirtschaftet worden ist und

wo es erst eines Kärntner Landeshauptmannes bedurft hat, dass wir das Budget dort wieder sanieren, dass auch Veranstaltungen gemacht werden können, dass ein Kärntner Müttergeld ausgezahlt werden kann, dass ein Kärntner Babygeld ausgezahlt werden kann, dass im Gegensatz zu Graz Klagenfurt die EM 2008 auch als Austragungsort gewonnen hat, nachdem es eine unprofessionelle Vorgangsweise in der zweitgrößten Stadt Österreichs gegeben hat, die Kärntner sich mittlerweile den Koralmtunnel leisten können, währenddessen die Steirer noch immer den Sack dreimal umdrehen müssen, um zu schauen, wie sie sich das überhaupt leisten können etc., etc., etc. Das zur geplanten Berichtigung, wie es mit den Kärntner Budgetzahlen ausschaut. Aber wieder zurück zur grausamen Realität hier in Graz, zu den Budgetzahlen, zu diesen Zahlen, die offensichtlich die Politik in Graz darstellen sollen.

Mit dem heutigen Tag und mit der nüchternen Aufstellung dieser Zahlen hat die Stadt Graz wenigstens eines geschafft, sie hat mehrere wertvolle Titel für ihre Visitenkarte wieder erreicht. Neben dem der Stadt der Menschenrechte und der Kulturhauptstadt Europas kann sich die Stadt in Zukunft getrost auch Stadt des Pleitegeiers, Stadt der politischen Schuldenmacher, Stadt der Verantwortungslosigkeit und Stadt der politischen Hütchenspieler nennen, das kann sie getrost auf ihre Fahnen heften, denn dieses Budget lässt keine andere Betitelung zu. Wenn der Finanzreferent heute in seiner, ebenso wie Kollege Mariacher, sehr dynamischen Budgetrede gemeint hat, dass es konsolidierte Finanzschulden gibt, verschweigt er, und das hat Klubobmann Herper richtig dargestellt, verschweigt er, dass die Schulden beinhart ausgelagert worden sind. Denn diese kurze graphische Einstellung war im Gegensatz zu allen anderen, die uns minutenlang gepeinigt haben, nach drei Sekunden nicht mehr zu sehen und wurde schnell wieder weggeschaltet, wo plötzlich der Balken der ausgelagerten Schulden in die Höhe geschneilt ist. Und das ist ja an sich das Problem, dass es offensichtlich auch in dieser Stadtregierung keine Kostenwahrheit gibt und weil es keine Kostenwahrheit über den tatsächlichen Zustand dieser Stadt gibt, gibt es auch keine Initiativen seitens der ÖVP, aber auch der Grünen, aus diesem Desaster, und es ist ein Desaster, auch wieder herauszukommen. Es gibt keinerlei Initiativen in diesem Budget, die uns in Zukunft, trotz des hohen Abgaben- und Gebührenstandes ermöglichen, dass wir als Stadt auch in Zukunft mehr Einnahmen lukrieren könnten. Es gibt keinerlei Initiativen, die Klein- und Mittelbetriebe zu stärken, es gibt keinerlei

Initiativen, das kann man in diesem Budget mit der Lupe suchen, es gibt keinerlei Initiativen zur sinnvollen und effizienten Bekämpfung der Armut, obwohl wir wissen, dass 33.000 Menschen in dieser Stadt latent armutsgefährdet sind, an oder unter der Armutsgrenze leben müssen, keinerlei Initiativen. Wir würden uns einen Großteil der Sozialausgaben, die heute dargestellt worden sind, ersparen, wenn wir es endlich schaffen würden, die Menschen in dieser Stadt auch mit geeigneten Initiativen und mit einer geeigneten Zielsetzung aus ihrer misslichen Situation und aus ihrer Armutsfalle herauszuholen. Denn das alles, auch das Sozialsystem, meine sehr geehrten Damen und Herren und insbesondere sehr geehrter Herr Finanzstadtrat Ungutl, das sind alles kommunizierende Gefäße, wo wir den einen, wenn wir mit der einen Hand den Menschen helfen, um auch den Vergleich des Bürgermeisters aus dem Wahlkampf, mit der einen Hand gibt er und mit der einen Hand stoppt er, Handaufleger, wenn wir mit der einen Hand den Menschen helfen, werden wir spüren, dass wir mit der andern Hand nicht so tief in den Säckel greifen müssten und die Sozialausgaben nicht in die Höhe schnellen. Denn dass die Sozialausgaben so hoch sind, wurde zwar heute vom Finanzstadtrat als Verdienst gesehen, ich sage nein, es ist kein Verdienst, nein, es ist das Zeugnis dafür, dass wir in der Stadt Graz Sozialausgaben in dieser Größenordnung überhaupt brauchen, um Menschen zu helfen, die sich sonst nicht mehr zu helfen wissen. Das ist kein gutes Zeugnis, selbstverständlich bekennen wir uns zu Sozialausgaben, aber ich wäre stolz auch als Gemeinderat, wenn wir endlich einmal ein Budget beschließen, wo die Sozialausgaben nicht so hoch sein müssten, damit wir die Armut in dieser Stadt bekämpfen. Oder, Budget. Wo sind die Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die gibt es nicht. 13.000 Menschen in dieser Stadt sind arbeitslos, ein Budget, sagt der Finanzstadtrat ehrlich und unverblümt, ist die Politik, die in Zahlen gegossen wurde. Wo ist die Politik, dass wir die hohe Arbeitslosigkeit in der zweitgrößten Stadt endlich effizient bekämpfen und Menschen wieder in den Arbeitsmarkt führen? Wo sind die Initiativen einer Politik, wo ist die Innovation, wo ist die Phantasie in dem Budget, wo ist der Idealismus und der Einsatz zu sagen, wir wollen nicht nur verwalten, sondern wir wollen gestalten, wir wollen, dass es den Menschen in dieser Stadt besser geht. Oder wo sind die Initiativen in diesem Budget, und da bin ich mittlerweile ein Verteidigungsredner für die Frau Wohnbaustadträtin Kahr, wo sind die ausreichenden Initiativen, dass man der Wohnbaustadträtin endlich die Mittel in die Hand gibt, dass sie 1000 neue Sozialwohnungen in dieser Stadt

bauen kann, die finde ich nicht. Ich finde eine Zeitungsmeldung, dass der von Gottes Gnaden ernannte Finanzreferent Ungustl in Gönnermanier sagt, da bauen wir halt 100 Sozialwohnungen hier, irgendwann und irgendwo und diese ominösen 100 Sozialwohnungen geistern durch die Protokolle dieses Gemeinderates auch mittlerweile schon seit fünf Jahren und wurden bis heute nicht gebaut. Papierhäuser können sich die Wohnungslosen in dieser Stadt nicht bauen, meine Damen und Herren. Wo ist die Initiative zur Bekämpfung des Problems, dass die Gemeinderatsparteien, die damaligen, im Wahlkampf sehr wohl erkannt haben, wo ist das Budget, das es uns ermöglicht, den Menschen etwas zurückzugeben von den Abgaben und Gebühren, die sie jeden Tag in dieser Stadt zahlen? Der Finanzreferent, der sich offensichtlich jeden Abend den schwarzen Umhang umhängt und wie ein Vampir in die Stadt fliegt und die Haushalte und die Menschen aussackelt und aussaugt mit Gebühren und Abgaben, in der Früh dann beim Zähneputzen in den Spiegel schaut und sagt, klass, jetzt haben wir es wieder, jetzt haben wir wieder die Menschen ausgesaugt, wir haben wieder Geld, wir können wieder Schulden machen und nehmen es den Menschen weg. Er ist offensichtlich ein glücklicher Mensch, der einzige glückliche Mensch in dieser Stadt ist der Finanzreferent, jeden Tag, wenn er aufsteht, hat er die Menschen über Nacht wieder ausgesaugt und ausgesackelt. Höchste Abgabenquote, höchste Gebührenquote, wie würden Sie das anders nennen als aussackeln, Mundraub, Wegelagerei und Raubrittertum? Die Raubritter an der Wachau des Mittelalters haben sich mittlerweile vornehmer verhalten als es offensichtlich eine demokratische Politik dieser Stadt im 21. Jahrhundert tut. Den Menschen wird der letzte Cent in einer besonders schwierigen Zeit der hohen Inflationsraten, wo wir seit Monaten darüber diskutieren, wie wir den Menschen wieder mehr Geld in ihr Geldbörsel geben, wie wir den Menschen wieder mehr Geld zum Leben geben, den Menschen wird in dieser Situation und durch dieses Budget auch in Zukunft das Geld aus dem Börsel genommen. Und was bekommen die Bürger dieser Stadt dafür? Dafür, dass sie jeden Tag ihren Peterspfennig abliefern und vom Herrn Finanzreferenten Ungustl ein müdes Vergelt's Gott zu hören bekommen auf dem Steuerbescheid oder auf dem Abgabenbescheid, was bekommen diese Menschen dieser Stadt dafür? Sie bekommen, dass ihr Steuergeld missbraucht wird beim größten Skandal der Stadt, dem Ökoprofitkandal, da spielt Steuergeld keine große Rolle, wir nehmen das Steuergeld und versenken es irgendwo im Sand.

***Zwischenruf GR. Hohensinner: Das sind zwei verschiedene paar Schuhe.***

GR. **Grosz:** Sie bekommen die Meldung frisch, währenddessen er sich in der Früh freut, freuen sich die Menschen dieser Stadt nicht, sie bekommen die Zeitung serviert und was lesen sie, Steuergeld in den GAK, der zu einem Kriminalfall wird und noch mehr, damit es ja versickert, damit keine schwarzen Parteigänger vor Gericht stehen müssen und damit man alles vertuschen kann. Was bekommen die Menschen dieser Stadt in der Früh neben dem Frühstücksei in der Zeitung serviert? Sie bekommen serviert, dass diese Stadt Graz den höchsten Personalstand unter allen Städten Österreichs hat und in der Relation,...

***Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker unverständlich.***

GR. **Grosz:** Ja, das war das alte Kreisky-Prinzip, Frau Vizebürgermeisterin, dass man halt dann irgendeine Stabsstelle, einen staatlichen Betrieb oder sonst etwas geschaffen hat, nachdem man vorher die Wirtschaft so ruiniert hat, dass sie keine Arbeitsplätze mehr beschäftigen konnte, gratuliere, Frau Vizebürgermeisterin, Sie sind vor 30 Jahren in Ihrer Wirtschaftspolitik stehen geblieben und genauso schaut sie auch heute aus. Was bekommen die Menschen in dieser Stadt, sie bekommen Meldungen über den höchsten Personalstand, das wäre ja an sich noch nicht so schlimm und bei der Gelegenheit bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Graz, die tagtäglich Unmenschliches auch leisten und die Prügel für jene kassieren müssen, die eigentlich hier stehen, die bei den Empfangsschaltern...

***Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker unverständlich.***

GR. **Grosz:** Hören Sie bitte mit dem Gekreische auf, ich will ja danach nicht gehörgeschädigt von dem Rednerpult heruntergehen. ...die tagtäglich die Prügel für jene kassieren müssen, die ihre Stadtratsbüros versperren. Der höchste Personalstand der Stadt Graz, der höchste Personalstand Jahr für Jahr, und was lesen die Menschen in der Zeitung, Stabsstelle Vizebürgermeister außer Dienst Ferk, Stabsstelle Vizebürgermeister außer Dienst Weinmeister, Stabsstelle Ausgedinge Pressesprecher, Stabsstelle Ausgedinge Büroleiter, Stabsstelle Büroleiter, da ist überhaupt kein Problem, da wird der Personalstand noch mehr aufgebläht, dass man irgendwelche Parteigänger irgendwo noch unterbringt. Dass bekommen die Leute tagtäglich dafür, dass sie fleißig und anständig jeden Tag ihre Gebühren und Abgaben zahlen. Begonnen bei den Parkgebühren etc., das bekommen sie dafür zu lesen. Und sie bekommen zu lesen, wenn sie diese Zeitung aufschlagen, dass die heilige Kuh, die sogenannten Stadtwerke, dann auch noch Defizite schreiben, Defizite in Millionenhöhe, in horrender Höhe, bekommen aber in der gleichen Zeitung serviert, wie die Vorstandsgagen der Stadtwerke denn so ausgestaltet sind. Ja glauben Sie, das wollen die Bürger? Auf der einen Seite zahlen und auf der anderen Seite sehen, wo dieses Geld hinfließt? Und heute schlugen die Menschen wieder die Kleine Zeitung auf und was haben sie gelesen? Sie haben gelesen, obwohl die Stadt pleite ist, arm wie eine Kirchenmaus, dass sich dennoch die Parteien 1,6 Millionen Euro genehmigen. Ist ja kein Problem, Giftzähne ausgefahren, rein in den Steuertopf und frischt wie nach einem anstrengenden Wahlkampf mit Steuergeld das Budget wieder auf, das ist keine Politik. Das ist auch keine Politik für die Zukunft und das ist auch keine Politik, die Menschen in dieser Stadt hoffen lässt. Wir stehen für ein saniertes Budget, wir stehen für ein Budget, das den Menschen in dieser Stadt tatsächlich zugute kommt, wir stehen für eine Entlastung der Klein- und Mittelbetriebe in dieser Stadt, wir stehen für ein Budget, das nötigen Spielraum auch dafür ermöglicht, dass wir sozial Schwachen in dieser Stadt ein enges Netz der sozialen Sicherheit knüpfen. Wir stehen für ein Budget, das transparent ist, das gläsern ist, das nichts verheimlicht, nichts vertuscht und nichts verschiebt, das nachvollziehbar ist und das auch für jede Hausfrau, die über ihr Haushaltseinkommen in dieser Stadt oder über das zu sorgen hat, auch nachvollziehbar ist. Wir stehen für eine Politik auch der politischen Sparsamkeit, einer Politik, die den Menschen wieder das zurückgibt, was sie von ihrem hart erarbeiteten Geld eingezahlt haben. Und ich weiß

schon, dass die Budgetsituation in Graz und jetzt ein wenig versöhnlicher, dass die Budgetsituation in Graz nicht das Werk des Finanzreferenten Rüschi ist...

***Zwischenruf GR. Eichberger: Zu spät.***

GR. **Grosz.** Wir wissen, was das Kulturhauptstadtjahr 2003 und eine nicht vorhandene budgetäre Planung darüber diese Stadt gekostet hat. Wir wissen, wo die Ausgaben der letzten Jahre, fünf bis zehn Jahre, lagen und da hat sich kein Finanzreferent hier persönlich schuldhaft gemacht, weil es immer wieder einen Mehrheitsbeschluss dieses Gemeinderates gegeben hat, auch entgegen aller Vorgaben, entgegen aller Prämissen der Sparsamkeit, das Geld beim offenen Fenster hinauszuerwerfen, ohne dafür finanzielle Vorsorge getroffen zu haben. Das wissen wir und gerade weil wir es wissen und weil wir sehen, wo diese Budgetsituation und dieses unprofessionelle Verhalten hingeführt hat, verlangen wir in Zukunft leistbare Budgets. Keine politischen Kompromisse in Budgets, wo man wichtige Initiativen wegstreicht, nur damit sich Schwarz und Grün das eine oder andere Edelsteinchen ins Krönchen setzen können, sondern Budgets um Einsetzung der Finanzmittel zur Notwendigkeit der Absicherung der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt für die Klein- und Mittelbetriebe und für das Wachstum dieser Stadt, das uns auch politisch, persönlich in die Zukunft führen will. Und weil ich da den Finanzreferenten Rüschi, vulgo Ungusti, durchaus behilflich sein will, habe ich ihm heute was gekauft für sein künftiges Budget im Herbst. „Der erfolgreiche Unternehmer, wie man Siege nutzt und aus der Niederlage lernt“, es ist ein kleiner Arbeitsbehelf, eine intellektuelle Fassung Bürgermeister Nagl hat kein Vorwort geschrieben, das heißt, es bürgt für Qualität. Vielleicht kann er daraus etwas lernen und in Zukunft anhand dieses Budgets, wie man auch als Unternehmer agiert, in Zukunft die Stadt auch in finanziell bessere Gewässer als derzeit führt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus GR. Schröck*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe eine Bitte, Herr Gemeinderat, es hat einige Kolleginnen und Kollegen und auch mich gestört, dass sie das Wort Gekreische verwendet haben und ich bitte Sie, weiterhin zu versuchen, bei Ihrer Wortwahl darauf zu achten, dass Sie hier im Gemeinderat sind und nicht irgendwo im Gasthaus oder sonst wo, ich bitte, das einfach zu beherzigen (*Applaus ÖVP und Grüne*). Ich möchte Sie jetzt einladen, dass wir für eineinhalb Stunden eine Pause machen, das heißt, wir treffen uns wieder um 14.30 Uhr hier im Gemeinderatssaal. Guten Appetit.

***Unterbrechung des Gemeinderates von 13.05 Uhr bis 14.50 Uhr.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen, damit wir unsere Budgetgemeinderatssitzung fortsetzen können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diejenigen, die schon länger dem Grazer Gemeinderat oder der Grazer Stadtregierung angehören, kennen den guten alten Brauch, dass wir anlässlich unserer Budgetgemeinderatssitzung auch gestärkt werden, das hat über viele Jahre hinweg Herr Gemeinderat Rudolf Trummer gemacht, der ja mit der letzten Periode auch ausgeschieden ist vom Gemeinderat und er wollte immer zum Ausdruck bringen, dass wir auch anlässlich der Gemeinderatssitzung nicht darauf vergessen sollen, dass es in unserem Stadtgebiet, Gott sei Dank, noch einige Vollerwerbs- und viele Nebenerwerbsbäuerinnen und –bauern gibt, die uns mit regionalen Produkten und frischen Produkten auch versorgen. Nachdem Rudi Trummer heute nicht mehr da ist, darf ich stellvertretend für den Obstbau in der Steiermark die Familie Pfeiffer-Sieber begrüßen, Herrn Pfeiffer-Sieber mit seiner Tochter, das ist ihre Hoheit Marion, unsere Apfelkönigin, herzlich willkommen und dankeschön, dass wir auch heuer diesen Proviant bekommen haben. Alles, alles Gute, danke vielmals (*allgemeiner Applaus*). Danke vielmals und auch heuer wieder eine gute Ernte. Ja, frisch, saftig steirisch geht es jetzt weiter in die zweite Runde. Wir kommen nun zu unseren Debattenrednerinnen und Debattenrednern und ich darf hier wiederum den ersten Redner aufrufen, diesmal wieder für die Volkspartei, Kurt Hohensinner, Herr Gemeinderat, bitte (*Applaus ÖVP*).